

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- Große Koalition gegen die Rechte von Flüchtlingen und Migranten noch zu knacken? S. 3*
- Berlusconis Wahlsieg und die Linken S. 7*
- Nachkrieg an der Münchener Universität S. 12*
- Jagoda-Tag S. 14*
- PDS-Programmdebatte S. 19*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24 00 94 68, Fax: 030/24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

WEHRPFlicht. Das Kasseler Friedensforum berichtet: Das Verwaltungsgericht Stuttgart ruft den Europäischen Gerichtshof an, um klären zu lassen, ob die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen verstößt. Anlass ist die Klage eines 18-jährigen Mannes, der festgestellt wissen will, dass die Wehrpflicht ihn gegenüber gleichaltrigen Frauen unzulässig benachteilige. Folgt der europäische Gerichtshof dieser Argumentation, ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten. Unabhängig von diesem Vorlagebeschluss des Stuttgarter Verwaltungsgerichtes wird in naher Zukunft ein anderer Verstoß gegen das Gleichheitsgebot zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wie neue Zahlen aus dem Bundesverteidigungsministerium, die der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär vorliegen, eindeutig belegen, kann zur Zeit weder eine Wehr- noch eine Dienstgerechtigkeit unter den Wehrpflichtigen garantiert werden. Zum 31. Dezember 2000 standen der Bundeswehr mehr als 260000 Wehrpflichtige für eine Einberufung zur Verfügung. Bei 129000 geplanten Einberufungen für das Jahr 2001 stehen somit für den Grundwehrdienst in der Bundeswehr mehr als doppelt so viele Wehrpflichtige zur Verfügung, als einberufen werden können. Dieses Missverhältnis ist ein eklatanter Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1978 festgestellt, dass ein solches Missverhältnis verfassungswidrig sei und die allgemeine Wehrpflicht insgesamt in Frage stelle.

AKTIVIERENDER STAAT. Arbeitsminister Riester hat eine schärfere statistische Unterscheidung bei den Arbeitslosen angekündigt. Gesondert ausgewiesen werden sollen diejenigen, die nur „durchlaufende Posten“ sind, also Beschäftigte, die Arbeitslosengeld beanspruchen, weil zwischen ihrer Kündigung und der neuen Stelle eine Zeitlücke klafft, u.ä. Ebenfalls gesondert ausgewiesen werden sollen die „hoffnungslosen Fälle“, also alle, bei den meist aus Altersgründen gar keine Aussicht auf Beschäftigung besteht. Auf den Rest sollen sich dann die Arbeitsämter konzentrieren und sie in Beschäftigung drängen u.a. durch sogenannte persönliche Eingliederungspläne. Den Nebeneffekt, dass mit einer so geänderten statistischen Erfassung die Zahl der „echten Arbeitslosen“ geringer ist als die bisherige Gesamtzahl, nimmt Riester gern in Kauf.

OSTWÄRTS. Auf seiner Bundesversammlung hat der Bund der Vertriebenen (BdV) am 12. Mai 2001 in Berlin einen Leitantrag „Menschenwürde und Menschenrechte sind Fundamente Deutsch-

lands und Europas“ beschlossen. Darin fordert der BdV: „Menschenrechtswidrige Gesetze müssen vor EU-Erweiterung abgeschafft werden. Der BdV fordert die Bundesregierung auf, die ungeheilten Menschenrechte der deutschen Heimatvertriebenen bei den Beitrittsverhandlungen zur Erweiterung der EU zum Verhandlungsthema zu machen.“ Zweck ist vor allem die (Wieder)Ansiedlung ehemaliger Ostkolonatoren zu ermöglichen, wörtlich: „Der BdV spricht sich gegen Übergangsregelungen im Rahmen der EU-Erweiterung insbesondere für Niederlassungsfreiheit und Grunderwerb aus. In jedem Fall hält der BdV es für unverzichtbar, dass die in der EU lebenden Opfer von Menschenrechtsverletzungen von derartigen Regelungen nicht betroffen sind, wenn sie aufgrund von menschenrechtswidrigen Handlungen und Gesetzen ihre Heimat in einem der Beitrittsländer verloren haben.“

KINDERGELD. Einen egalisierenden Vorschlag mach der Paritätische Wohlfahrtsverband für die Familienförderung. Er fordert: ein einheitliches Kindergeld von 458 Mark für jedes Kind und Wegfall der sozial ungerechten Steuern, ein Kindergrundsicherungskonzept, um sicherzustellen, dass keine Familie lediglich wegen ihrer Kinder auf Sozialhilfe angewiesen ist, sowie einen individuellen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren und für schulpflichtige Kinder. Eine wesentliche Ursache für die Abhängigkeit von Sozialhilfe sei, dass die unzureichende außerfamiliäre Kinderbetreuung in Deutschland die Berufstätigkeit vieler Frauen mit Kindern nahezu unmöglich mache, kritisiert die Vorsitzende des Paritätischen, Stolterfoht.

KURDISCHE NAMEN. Der Menschenrechtsausschuss des Bundestag hat mit großer Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert, in einer Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden oder in anderer Form klarzustellen, dass kurdische Eltern ihren Kindern künftig kurdische Namen geben dürfen. Bisher gibt es für kurdische Eltern oft Schwierigkeiten, weil Standesbeamte, wenn sie unsicher sind, bei der Entscheidung über die Zulassung solcher Namen im türkischen Namensregister nachsehen. Da kurdische Namen in der Türkei aber weitgehend verboten sind, wird so auch hierzulande kurdischen Eltern oft die Vergabe kurdischer Namen verwehrt. Der Antrag der PDS-Fraktion, die das Anliegen der kurdischen Eltern vor Monaten eingebracht hatte, wurde im Ausschuss zunächst von allen anderen Fraktionen abgelehnt und dann genau das, was die PDS beantragt hatte, als „eigener Beschluss“ gefasst. „Sei's drum“, meinen die PDS-Abgeordneten Hübner und Jelpke, „inhaltlich ist damit der PDS-Antrag angenommen.“

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB
o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Große Koalition gegen die Rechte von Flüchtlingen und Migranten noch zu knacken?

In sechs bis sieben Wochen, spätestens am 4. Juli, will die von der Bundesregierung eingesetzte „Zuwanderungskommission“ ihre Ergebnisse vorlegen. Von Innenminister Schily eingesetzt, soll die Kommission das Ausländer- und Asylrecht überprüfen und Vorschläge zur Überarbeitung machen. Im Vorgriff auf den Bericht der Kommission haben auch die Parteien im Bundestag ihre Positionen formuliert – oder sind noch dabei. Was bisher verlautet, bedeutet für Flüchtlinge, für Migrantinnen und Migranten keine Verbesserung ihrer Situation.

Bezeichnend für die derzeitige Situation ist das Schicksal der letzten Novelle zum Staatsbürgerschaftsrecht. Nachdem sich abzeichnete, dass die Anfang 2000 von FDP, SPD und Grünen verabschiedete Novelle des Staatsbürgerschaftsrechts ein Flop wird – die Ausländerbeauftragte hatte eine Million Einbürgerungen pro Jahr erhofft, eingebürgert wurden aber bisher nur ca. 200 000 Menschen – hatten SPD, Grüne und FDP versucht, wenigstens die von ihnen selbst beschlossene Anhebung der Einbürgerungsgebühren von 100 auf 500 DM rückgängig zu machen und die Fristen für die „Schnupperstaatsbürgerschaft“ für hier geborene

Kinder von Migranten zu verlängern. Die Mehrheit des Bundesrats – CDU/CSU, unterstützt durch die SPD-CDU-regierten Länder Bremen, Brandenburg und Berlin – lehnten auf der letzten Bundesrätssitzung selbst diese geringe Nachbesserung ab.

Die CDU/CSU bringt derweil im Bundestag – meist unterstützt durch SPD-Innenminister Schily – einen Antrag nach dem anderen ein, mit denen sie selbst geringfügige Verbesserungen für Flüchtlinge und Migrantinnen durch die EU-Kommission verhindern will. So hat die EU-Kommission eine Vorlage vorgelegt, die den Nachzug von Ehegatten, Kindern und Verwandten ersten Grades für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern erleichtern soll. Schily und die CDU/CSU kündigten sofort nach Bekanntwerden der Vorlage ihr Veto dagegen an. Die Kommission will z.B., dass Kinder bis zum 18. Lebensjahr zu ihren Eltern ziehen dürfen. In der BRD gilt bisher: bis zum 16. Lebensjahr. Die CDU/CSU will diese Altersgrenze sogar auf 10 Jahre senken.

Das gleiche Schauspiel beim Thema Asylverfahren. Die EU-Kommission will die rigorose deutsche Drittstaatenrege-

lung lockern. Bisher werden hier Asylanträge von Flüchtlingen, die durch angeblich „sichere Drittstaaten“ eingereist sind, automatisch abgelehnt. Die Kommission will diesen Flüchtlingen nun das Recht gewähren, nachzuweisen, dass sie in „Drittstaaten“ gar kein Asyl beantragen konnten – weil sie z.B. im geschlossenen Container durchkamen. Schily und die Unionsparteien lehnen auch das ab.

Ähnlich restriktiv und repressiv sind die Positionen der Parteien in der Migrationspolitik. Von einer grundlegenden Abkehr von der Jahrzehntelangen „Gastarbeiterpolitik“ ist inzwischen kaum noch die Rede. Herauszukommen droht wieder einmal ein „Kompromiss“ zwischen den Positionen von CDU/CSU und SPD, faktisch also eine Bestätigung dessen, was Schröder und Schily seit Monaten verkünden: Lockerungen für „Spitzenkräfte“ und vielleicht noch anderen Bedarf der Wirtschaft, keine Verbesserung, eher Verschlechterungen für Flüchtlinge und vermutlich auch für einen Großteil der schon lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten.

Die Unionsparteien haben am 10. Mai ihr Positionspapier vorgelegt. In der Presse wurde es als „Lockung“ der frem-



Rund 4000 Menschen nahmen am 19. Mai zum Abschluss der dreitägigen Aktionstage an der Demonstration gegen die Residenzpflicht für Flüchtlinge teil. – Artikel 13 der auch von der BRD unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Bewegungsfreiheit und auf freie Wahl des Wohnortes innerhalb eines Staates hat. Dieses Recht hat die BRD für Flüchtlinge 1982 außer Kraft gesetzt. Residenzpflicht bedeutet, dass Flüchtlinge den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis bzw. die Stadt nicht ohne Ausnahmegenehmigung durch die Ausländerbehörde verlassen dürfen, dass

sie ihren Wohnort nicht frei wählen, Familienangehörige, Freunde oder Rechtsanwälte, Ärzte, kulturelle Einrichtungen oder Krankenhäuser in nahegelegenen Orten nicht frei aufsuchen dürfen. Residenzpflicht bedeutet, dass Menschen allein aufgrund äußerer Merkmale, also aufgrund ihres Aussehens ständig Polizeikontrollen unterworfen sind, dass sie erkennungsdienstlich behandelt und unter Zwang fotografiert werden, dass sie bei Verletzung der Residenzpflicht Geldstrafen erhalten, die, wenn sie nicht bezahlt werden können, in letzter Konsequenz sogar eine Abschiebung nach sich ziehen können.

(Bilder S. 3–5: scc)

denfeindlichen Positionen der Unionsparteien interpretiert. Tatsächlich heißt es darin gleich zu Beginn:

„Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und kann es ... auch nicht werden.“ Dann folgt eine lange Latte von Vorwürfen an hier lebende Migrantinnen und Migranten. Ihr Qualifikationsniveau sei „unterdurchschnittlich“, ihre Arbeitslosigkeit doppelt so hoch, die Inanspruchnahme von Sozialhilfe fast drei Mal so hoch wie bei Deutschen. Dass all dies Folge jahrzehntelanger Diskriminierung sein könnte, kommt den Unionspolitikern natürlich nicht in den Sinn.

Als „Gesamtkonzept“ fordern CDU und CSU sodann: „Die Begrenzung der Zuwanderung ...“ und ihre Steuerung „unter Berücksichtigung der nationalen Interessen und der nationalen Identität“.

Insbesondere die Zuwanderung von armen Menschen müsse verringert werden: „Auf europäischer Ebene muss alles getan werden, um den Zuwanderungsdruck aus den Staaten der Dritten Welt nach Europa zu reduzieren.“ Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme dürfe nur erlaubt werden „zur Behebung aktueller Engpässe“, und dann „grundsätzlich nur befristet“.

Für die Zuwanderung von Spitzenkräften der Wirtschaft können sich CDU und CSU in Abkehr vom bisherigen Anwerbestopp eine jährlich nach Bedarf festzulegende Quote vorstellen: „Die Auswahl der ... Personen erfolgt auf der Basis eines Punktesystems, das nach Alter, Schulausbildung, Beruf, Sprachkenntnissen, Berufserfahrung, garantiertem Beschäftigungsangebot, bisheriger Befruchtigkeit in Deutschland, Integra-

tionsfähigkeit und -bereitschaft sowie persönlicher Eignung differenziert. Ein Bonussystem gilt für Angehörige von EU-Beitrittsländern, Höchstqualifizierte, Investoren und Führungskräfte.“

Für die hier schon lange lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen wollen die Unionsparteien obligatorische Kurse einführen, in denen Sprache und deutsche („Leit“)-Kultur gelehrt werden. „Die Kosten der Kurse sind ... grundsätzlich durch den Zuwanderer selbst zu tragen.“ Und: „Bei Nichtteilnahme sind Ver-



schlechterungen der Aufenthaltssituation oder ein Verlust des Anspruchs von sozialen Transferleistungen anzurufen.“

Nicht viel besser sieht es bei der FDP aus. Diese hatte schon vor zwei Jahren ein „Zuwanderungsgesetz“ gefordert, das den seit 1973 geltenden Anwerbestopp durch eine jährliche Zuwanderungsquote ersetzen will, die von einem „Bundesamt für Zuwanderung“ im Benehmen mit Regierung und Parlament festgelegt werden soll. Neu ist auch bei der FDP im wesentlichen, dass die Wirtschaft im Ausland wieder Arbeitskräfte werben darf. Vor allem Spitzenkräfte. Bei ausländischen Hochschulabsolventen z.B. will die FDP, dass die Arbeitgeber künftig bereits nach zwei Wochen vergeblicher Suche im Inland diese im Ausland rekrutieren darf.

Die SPD bzw. Schily hatten bisher ganz auf die Ergebnisse der Süssmuth-Kommission warten wollen. Kein Wunder, da Schilys Ministerium in den letzten Wochen und Monaten faktisch alle Wünsche des Ministers und seiner Beamten an die Kommission durchreichen konnte und deshalb vermutlich auch kaum Einwände gegen das Ergebnis haben dürfte.

Jetzt wollen SPD-Innenpolitiker versuchen, mit den Grünen evtl. doch noch eine eigene Vorlage auszuarbeiten. Deren Inhalt scheint aber auch nicht viel besser zu werden als das, was von Schily und Süssmuth zu erwarten ist. Jedenfalls verlautet der bayerische SPD-Abgeordnete Stiegler, Vorsitzender der SPD-Kommission, im Grunde müsse nur die Anwerbung von Spitzenkräften erleichtert werden.

Ein historisches Dokument

Internationaler Sozialisten-Kongress Stuttgart 1907, zur Einwanderung

„Der Kongress erklärt:

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen, und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhülfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluss fremder Nationalitäten oder Rassen.

Dagegen erklärt es der Kongress für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimports unorganisierten Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung

ihrer Lebenshaltung zu wehren ... Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedriger Lebenshaltung gewohnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen. Er empfiehlt daher folgende Maßnahmen:

I. Für das Land der Einwanderung:

1. Verbot der Aus- und Einfuhr derjenigen Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Löhne nimmt.

2. Gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnes ...

3. Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder

Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Erleichterung der Naturalisation.

(... Im Punkt 4. wird werden Grundsätze für die Gewerkschaften festgelegt)

5. Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.

II. Für das Auswanderungsland:

1. Regste gewerkschaftliche Agitation. 2. Belehrung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungs ländern. 3. Reges Einvernehmen der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes behufs gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Ein- und Auswanderung. (...)

(In der Abstimmung wird der erste Satz des Amendments Kautsky-Luxemburg mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der zweite Satz angenommen, ebenso dann die so veränderte Resolution der Kommission. Die englische Delegation enthält sich zum Protest der Abstimmung.) (gekürzt)



Die Grünen bemühen sich zwar noch, wenigstens geringe Verbesserungen im Asylrecht (Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung) und bei der Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu erreichen. Aber am Ende werden sie sich dem großen Koalitionspartner fügen müssen.

Als einzige Opposition gegen diese rassistische Mehrheit versuchen derzeit Flüchtlingsgruppen, Migrantenverbände und PDS Verbesserungen für die Flüchtlinge und Migrantinnen in den Vordergrund der Diskussion zu schieben. Am letzten Wochenende demonstrierten in Berlin mehrere tausend Menschen für eine Aufhebung der Residenzpflicht, die Flüchtlinge bisher sogar die Freizügigkeit verwehrt. Die PDS hat einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht.

Auch beim Thema Legalisierung von „Illegalisierten“ versucht die PDS gemeinsam mit Menschen aus der Flüchtlingspolitik, Flüchtlingsgruppen und antirassistischen Gruppen, eine Verbesserung zu erreichen. Etwa eine Million Menschen, so wird geschätzt, leben derzeit in der BRD ohne legalen Aufenthaltsstatus. Manche davon kamen schon illegal ins Land, die meisten aber dürften durch die repressive Abschottungspolitik der letzten Jahre ihren Aufenthaltsstatus verloren haben. Die Situation dieser Menschen

ist furchtbar, viele wagen aus Furcht vor Abschiebung noch nicht einmal, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder selbst bei schwerer Krankheit ins Krankenhaus zu gehen.

Selbst in Kirchenkreisen findet das Anliegen, die Situation dieser Menschen zu verbessern, Unterstützung. Der Berliner Kardinal Sterzinsky kritisierte letztes Wochenende im Berliner „Tagesspiegel“ in einem großen Interview die Bundesregierung und CDU/CSU wegen ihrer Ignoranz und Ablehnung jeder Verbesserung für diese Menschen. Ob diese Kritik durchdringt und Bundesregierung und CDU/CSU-Länder zu einer Erleichterung für diese Menschen bereit sind, ist dennoch fraglich.

Auch die PDS kann sich dem Druck der herrschenden, rassistischen Meinung in der Asyl- und Migrationspolitik nicht entziehen. Die Ende letzten Jahres von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Petra Pau vorgelegten „Thesen zur Migrationspolitik“ lehnen die Freizügigkeit für Arbeitsmigration erstmals ausdrücklich ab. Zwar soll die PDS ihre gute Forderung „Offene Grenzen für Menschen in Not“ aufrechterhalten, aber faktisch soll das künftig nur für die Asylpolitik gelten. In der Migrationspolitik dagegen soll die PDS künftig vertreten: Nur wer Arbeit findet – umstritten ist noch, ob dies sofort oder in den ersten sechs Monaten gesche-



hen muss – soll einreisen dürfen. Faktisch bedeutet das eine Annäherung der PDS an die herrschende Meinung, die jede Zuwanderung als Belastung für hier lebende Menschen ausmalt. Die Diskussion in der PDS ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber der Parteivorstand und die Mehrheit der Bundestagsfraktion stützen die Positionen von Pau. Bis 18. Juni soll eine Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion ein „Gesamtkonzept“ der PDS vorlegen. *riil*

„Wert an sich“ oder „Unbedeutende Partei in unbedeutendem Land“

Zur Situation der SPD-PDS-Koalition in MV

Nun ist die Koalition in Schwerin wieder gekittet und der Frieden zwischen den Partnern wieder hergestellt. Ministerpräsident Ringstorff gibt seinen Fehler, den Koalitionsvertrag gebrochen zu haben, zu, und die PDS akzeptiert diese Stellungnahme.

War sich Ringstorff im Moment seiner Zustimmung zur Rentenreform im Bundesrat so sicher, dass die PDS letztlich die Koalition doch weiterführen werde? Die Frage verleitet zu Spekulationen. Besser scheint es deshalb, sich an Fakten zu halten.

Der SPD-Führung und natürlich auch dem Bundeskanzler war die prinzipielle Position der PDS zur Rentenreform bekannt. Monika Balt, seniorenpolitische Sprecherin der BT-Fraktion der PDS, gibt darauf in einem Interview im ND vom 17. Mai eine klare Antwort: „Die Fraktion hat ganz klar die Gründe fürs ‚Nein‘ formuliert ... Von diesen Positionen rückt die PDS nicht ab.“ Selbst wenn diese Position nach der Stimmenabgabe Ringstorffs von der PDS-Fraktion nochmals formuliert wurde, konnte Bundeskanzler Schröder am Vorabend der Abstimmung mit einem klaren Nein der zum persönlichen Gespräch eingeladenen PDS-Abgeordneten rechnen. Und doch versuchte er, die Stimmenabgabe der



PDS zu beeinflussen. Konnte er das tun, weil er wusste, dass der eine oder andere in der PDS im Interesse der Weiterführung der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern doch bereit gewesen wäre, für die Rentenreform zu stimmen?

Gregor Gysi hatte ja die Aussage des „Wertes an sich“ zur Einordnung der Koalition für die PDS gemacht. Somit besteht die Möglichkeit, dass Kanzler Schröder hart kalkulieren und seinen Parteifreund Ringstorff in Schwerin zum Bruch der Koalitionsvertrages auffordern konnte. Was der schließlich auch tat! Müntefering bezeichnete im Nachhinein Ringstorffs Verhalten als richtig und vernünftig, d.h. politisch akzeptabel, wenn es um die Durchsetzung bestimmter Ziele geht!

Nun mag die Aufregung in PDS-Kreisen in den Stunden nach der Abstimmung im Bundesrat groß gewesen sein. Sehr kontroverse Meinungen wurden zum weiteren Verfahren geäußert, die vom Ausscheiden aus der Koalition bis hin zum stillen Weitermachen gingen. Es bleibt bei allem Nachdenken eben die bittere Erkenntnis, dass – wie eine ostdeutsche Zeitung vermerkte – schließlich die Sache mit „einer unbedeutenden Partei in einem unbedeutenden Land“ vor sich ging. Die SPD und Schröder haben der PDS in Schwerin klar gemacht, wie sie von ihnen bundesweit gesehen wird.

Für die PDS kann das eine heilsame Lehre sein. Ein Abgehen von einer Politik der möglichen Regierungsbeteiligung wäre falsch und brächte die PDS gegenüber ihren Wählern in eine fatale Situation. Denn sie wird gewählt, um auch in der Regierung Opposition zu betreiben und im Interesse der Wähler zu agieren. Opposition – auch in der Regierung – aber bedeutet, sich nicht zum Juniorpartner der SPD machen zu lassen und eigene Positionen durchzusetzen. Das heißt aber auch, Klarheit über den Charakter des Partners zu haben, der nicht nur schnell einmal wortbrüchig werden kann, sondern der auch eine antisoziale Politik betreibt. Der „Wert an sich“ ist also kein absoluter Wert. Der Wert einer solchen Koalition sollte darin bestehen, dass die PDS eigenes Profil zeigt, bewahrt und durchsetzt. Das konnte in Mecklenburg-Vorpommern nicht immer gesichert werden (s. Zustimmung zur Steuerreform). Das wird aber auch nicht mit Winkelzügen erreicht, die darin bestehen, nun nach Weiterführung der Koalition von der SPD Nachgeben im Rentenrecht zu fordern, sozusagen im Ausgleich für an der PDS getane Unrecht.

Allzu offenkundige Regierungsbeflissenheit wird der PDS langfristig schaden. Wenn in Mecklenburg-Vorpommern hohe Arbeitslosenzahlen, eine starke Abwanderung und Perspektivlosigkeit für junge Menschen vorherrschen, müsste die PDS die erste Kraft sein, die den Trend umzukehren versucht. Dazu fehlt ihr vor Ort allerdings die Kraft und auch ein konsequentes Programm. abe

Malloth-Prozess

Staatsanwalt beantragt lebenslange Haft

Seit dem 23. April läuft in München der Prozess gegen den ehemaligen SS-Mann Anton Malloth. Die Anklage lautet auf Mord in drei Fällen und versuchten Mord in einem Fall. Das ist nur ein winziger Bruchteil der Verbrechen, die Malloth 1940-45 als Aufseher im Gestapo-Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt verübt hat. Der größte Teil seiner Untaten ist nach BRD-Recht längst verjährt. Nur Mord und Mordversuch können noch verfolgt werden. Die Beweisführung ist extrem schwierig. Nur in selteneren Fällen ist es jetzt noch möglich, genaue Zeugenaussagen über konkrete Ereignisse zu erhalten. Die Autorin hat den Prozess von Beginn an verfolgt. Ihr Bericht von den ersten Prozesswochen ist in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten abgedruckt. (Red.)

Unerwartet rasch geht der Prozess gegen den ehemaligen Aufseher im Gestapo-Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt, Anton Malloth, zu Ende. Nach der Vernehmung von drei Augenzeugen wurde die Beweisaufnahme am 15. Mai geschlossen, da weitere Zeugen aus Tschechien ihr Erscheinen vor dem Münchner Gericht abgesagt hatten. So standen am 18. Mai bereits die Plädoyers auf der Tagesordnung. Ob das Urteil, wie vorgesehen, am 28. Mai verkündet wird, ist noch unklar.

Staatsanwalt: Die Gerechtigkeit muss wiederhergestellt werden!

Bis zum letzten Platz besetzt sind die Zuschauerstühle im Konferenzsaal des Gefängnisses München-Stadelheim, als Staatsanwalt Konstantin Kuchenbauer am 18. Mai den Antrag stellt, Malloth zu lebenslanger Haft zu verurteilen und die besondere Schwere seiner Schuld festzustellen.

„Die Geschichte hat uns eingeholt“, beginnt Kuchenbauer sein Plädoyer. „Ein schrecklicher Teilbereich der deutschen Geschichte, der darauf abgezielt hat, massenweise Menschen wegen ihrer Religion oder ihrer Rasse zu vernichten.“ Malloth sei Teil dieses Unrechtsregimes und Angehöriger der verbrecherischen Organisationen SS und SD gewesen. Doch gehe es in diesem Prozess ausschließlich um die persönliche Schuld des Angeklagten. Sehr spät sei dieser Prozess gekommen, aber nicht zu spät. „Die Gerechtigkeit muss wieder hergestellt werden, für die Opfer, für die Hinterbliebenen, für die Zeugen. Das ist weder an Raum noch an Zeit gebunden.“ Auch gehe es darum, ein Zeichen zu setzen für diejenigen NS-Täter, die noch nicht zur Verantwortung gezogen wurden – und für die, die heute wieder ähnlichen Ideen anhängen.

Der Staatsanwalt erinnert an die unsäglichen Quälereien, denen die Häftlinge in der Kleinen Festung ausgesetzt waren. „Die Aufseher entwickelten dabei ei-

ne unerschöpfliche Phantasie.“ Er schildert Malloths Lebensweg und seinen Charakter, wie er im Verlauf der Beweisaufnahme deutlich geworden ist. Während die Vorgesetzten des gelernten Fleischers aus Südtirol in einem Zeugnis „keine Beanstandungen“ geäußert hätten, sei er von den Zeugen als „Teufel“ beschrieben worden. Aufgrund von deren Aussagen könne es keinen vernünftigen Zweifel daran geben, dass Malloth den jüdischen Ingenieur Hochmann im Verwaltungshof der Kleinen Festung zu Tode geprügelt und getreten habe und dass er bei der Beaufsichtigung eines Ernteeinsatzes einen namentlich nicht bekannten Häftling geprügelt und Schüsse auf ihn abgegeben habe. Im ersten Falle sei ein Mord nachgewiesen, im zweiten sei nicht bekannt, ob die Schüsse getroffen hätten und der Häftling tot gewesen sei, deshalb sei von einem Mordversuch auszugehen. Milderungsgründe könnten keine geltend gemacht werden. Für beide Verbrechen beantragt der Staatsanwalt eine lebenslange Haftstrafe und die Feststellung der besonderen Schwere der Tat. Bei den anderen beiden angeklagten Mordfällen bleibt ihm nichts anderes übrig, als Freispruch zu beantragen, da der Zeuge in der Hauptverhandlung seine Aussagen revidiert und Malloth entlastet hat.

Verteidiger: Der Rechtsstaat muss verteidigt werden!

Rechtsanwalt Ernst-Günther Popendicker beantragt „vollumfänglich Freispruch aus juristischen Gründen“. In einem Punkt müsse er dem Staatsanwalt Recht geben, so Popendicker, „in diesem Verfahren wehte der Hauch der Geschichte“, „der Pesthauch des Todes“. Unvorstellbare Grausamkeiten seien geschildert worden. „Das alles hat uns in unserem Entschluss bestärkt, mitzuwirken, dass so etwas nie wieder passiert.“ Dazu gehöre die Verteidigung des Rechtsstaates, und deshalb müsse sein Mandant freigesprochen werden, denn nach rechtsstaatlichen Prinzipien sei ihm nichts nachgewiesen worden. So habe die Aussage des Zeugen Löwy nicht Unklarheit gebracht, sondern zu zusätzlicher Präzision geführt. Er, Popendicker, wolle sich ja „nicht anschleimen“, aber es sei sicher vor allem das Verdienst der sensiblen und geduldigen Befragung durch den Richter, dass sich Löwy in der Hauptverhandlung „präziser“ erinnert habe als bei der Vernehmung durch die „junge, unerfahrene“ Wiener Richterin vorher. So sei schließlich die Wahrheit ans Licht gekommen: Jöckel habe die Bespritzung mit kaltem Wasser angeordnet, und niemand hätte ihn davon abhalten können. Deshalb treffe Malloth „nicht einmal der Vorwurf der psychischen Beihilfe zum Mord“.

Im Falle des Ingenieurs Hochmann, so Popendicker weiter, sei nicht von Mord, sondern von gefährlicher Körperverletzung auszugehen. Diese aber sei verjährt. Erstens wisse niemand, ob Hochmann tot gewesen sei. Er könnte ja auch lebend in

die Leichenkammer geworfen worden sein, so etwas sei ja vorgekommen. Der gerichtsmedizinische Sachverständige, Professor Eisenmenger, habe auf Befragen ausdrücklich nicht ausgeschlossen, dass Hochmann nach den Schlägen und Tritten, die Malloth ihm versetzt hat, noch gelebt haben kann. Zweitens habe Malloth den Häftling gar nicht töten, sondern nur bestrafen wollen. Für den Fall, dass sich das Gericht dieser Einschätzung nicht anschließen sollte, stellt Pöpödicker einen sog. Hilfsbeweisantrag: Ein Unfallchirurg (z.B. der Herr Dr. Götz aus Jena) soll als Sachverständiger herangezogen werden, um zu beweisen, dass der Zeuge Meyer wegen seiner infizierten Beinverletzung zu dem fraglichen Zeitpunkt physisch gar nicht in der Lage gewesen sein kann, an dem angegebenen Ort mit zwei Ziegelsteinen in den Händen Strafe zu stehen, und wenn, dann nur mit starken Schmerzen und hohem Fieber, die sein Wahrnehmungsvermögen zusätzlich einschränken.

Beim „Komplex Blumenkohlernte“ wiederum bestünden doch große Zweifel, dass es sich um Malloth gehandelt hat. Denn die Aufseher der Kleinen Festung seien nicht zur Beaufsichtigung von Erntearbeiten und schon gar nicht zur Beaufsichtigung von Arbeitskommandos aus dem Ghetto eingesetzt worden. Ohnehin sei bei der geschilderten Tat eine Tötungsabsicht nicht nachweisbar, wahrscheinlich habe der Häftling ebenfalls nur bestraft werden sollen. Auf jeden Fall sei die Tatsache, dass der Täter – wer immer es war – nicht sein gesamtes Magazin leer geschossen hat, als „freiwilliger Rücktritt vom Tötungsversuch“ zu werten. Nach dem Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ müsse er deshalb auch in diesem Fall freigesprochen werden.

Anton Malloth, der Angeklagte, hat während der Ausführungen von Staatsanwalt und Verteidiger ebenso stumm und reglos in seinem Rollstuhl gesessen wie an all den anderen Tagen seit Prozessbeginn. Jetzt hat er, nach der Strafprozeßordnung, die Möglichkeit und das Recht, noch etwas zu sagen. Tatsächlich, er bewegt sich, setzt an zum Sprechen. Der Rechtsanwalt beugt sich rasch über ihn, flüstert ihm heftig ins Ohr. Malloth: „Nein, nichts.“ Der Richter: „Natürlich ist es Ihr gutes Recht, sich auch jetzt von Ihrem Rechtsanwalt beraten zu lassen. Aber Sie wollten gerade etwas sagen. Und in manchen Dingen kann einem vielleicht kein Anderer raten.“ Malloth setzt wieder an. Was er dann sagt, ist kaum zu hören. „Nur zwei Worte: dass nicht alles in Ordnung war – „Nicht alles in Ordnung, was er getan hat? Aber Anton Malloth enttäuscht seine Freunde von der „Stille Hilfe“ nicht: „dass nicht alles in Ordnung war – was da gesprochen wurde.“

Ob der Termin für die Urteilsverkündung am 28. Mai eingehalten wird hängt davon ab, wie das Gericht mit dem Hilfsbeweisantrag der Verteidigung verfährt.

Renate Hennecke

Berlusconi Wahlzug und die Linken

Soziale und demokratische Alternativen gesucht

Die Parlamentswahl vom 13. Mai hat die politische Landschaft Italiens verändert. Berlusconi's rechtes Bündnis „Haus der Freiheiten“ hat eine satte Mehrheit von rund 100 Deputierten in der Abgeordnetenkammer und von rund 40 Senatoren. Auf der anderen Seite hat das Ulivo-Bündnis eine klare Niederlage eingesteckt. Hinter diesen Hauptergebnissen verstecken sich verschiedene Entwicklungen.

In Berlusconi's Bündnis hat es starke Verschiebungen zu seinen Gunsten gegeben: Berlusconi's Forza Italia hat rund 3,2 Millionen Stimmen hinzugewonnen und ist mit 29,4% die weitaus stärkste Partei geworden, die an frühere christdemokratische Stimmergebnisse anknüpfen kann. Dagegen hat die mit ihm verbündete Alleanza nazionale 1,4 Millionen Stimmen verloren und die Lega Nord sogar 2,3 Millionen. Mit dem Ergebnis von 3,9% im Proportionalwahlsystem wäre die Lega Nord sogar an der 4%-Hürde gescheitert, sie ist nur über Mandate aus dem Mehrheitswahlsystem im Parlament vertreten. Zusammengenommen haben die Parteien des rechten Bündnisses gegenüber der letzten Wahl von 1996 Stimmen verloren, aber dieses Mal wieder gemeinsam kandidiert – ein Bündnis bis hin zu der offen faschistischen Partei Fiamma tricolore.

Auf der Gegenseite im Ulivo-Bündnis hatten die Linksdemokraten DS, die

größte der Regierungsparteien, die schwersten Verluste: ihnen gingen rund 1,5 Millionen Stimmen verloren. Sie sind auf 16,6% abgerutscht. Dagegen war die neue Gruppierung Margherita um den Ulivo-Spitzenkandidaten Rutelli, sozusagen die „Mitte“ des Mitte-Links-Bündnisses, mit 14,5% der Stimmen erfolgreich und macht den Linksdemokraten die Führung im Ulivo streitig.

Rifondazione comunista, die eigenständig und außerhalb des Ulivo-Bündnisses kandidierte, erreichte 5% und kam damit als einzige Partei außerhalb der beiden Bündnis-Blöcke über die 4%-Hürde. Sie ist im neuen Parlament mit 11 Abgeordneten und 3 Senatoren vertreten.

Aber alle Parteien der Linken sind auch zusammengenommen auf einem historischen Tiefstand. Ihre Stimmenzahl hat im Vergleich zu 1996 um etwa 2,6 Millionen abgenommen, wovon der größte Teil auf die Linksdemokraten entfällt. Aber auch Rifondazione und die abgespaltenen und in der Regierung verbliebenen Comunisti Italiani haben zusammengenommen 700.000 Stimmen verloren.

Berlusconi: Reaktion verpackt als Innovation

Berlusconi hat es geschafft, die Wahl zu einer Abstimmung über seine Person zu machen und diese Abstimmung zu gewinnen. Damit kommandiert er nicht nur ein verzweigtes Firmenimperium, das

sich in viele Branchen hinein erstreckt, darunter eine riesige private Medienmacht aus Sendern, Zeitungen, Zeitschriften. Er gewinnt nun obendrein die Kontrolle über die drei öffentlichen Fernsehanstalten der RAI. Er will erklärtermaßen in die Justiz, die in einer Reihe von Verfahren gegen ihn ermittelt, eingreifen. Jedes Gesetz, das Berlusconi auf den Weg bringen wird, berührt auch seine eigenen Interessen. Er macht kein Geheimnis daraus, dass er den Staat wie einen Konzern führen – also kommandieren – will. Das alles hat seine Wähler nicht abgehalten und seinen Erfolg nicht verhindert. Die Wahlanalysen gehen dabei davon aus, dass er nicht einfach flüchtige Stimmen mobilisiert hat, sondern einen relativ stabilen, gemischten sozialen Block zusammenbringen konnte. Er hat nicht nur im wohlhabenden Norden gewonnen, sondern z.B. auch alle Wahlkreise auf Sizilien.



Anmerkung: die (sachlich falsche) Bezeichnung Altcommunisten meint Rifondazione comunista (PRC), Italienische Kommunisten meint Partei der italienischen Kommunisten (PdCI).

Ein wichtiges Element seines Erfolgs dürfte gewesen sein, dass er sich trotz seines antidemokratischen, reaktionären Programms als Kraft der Veränderung („Revolutionär“) darstellen konnte. Natürlich nicht als solidarische Veränderung, sondern im Kern als Aussicht auf bessere Bedingungen für Bereicherung. Aber viele mögen gedacht haben: Wenn ihm selbst die maßlose Bereicherung so gut gelungen ist, könnte dann seine Politik nicht vielleicht den Boden für die Geschäftsmacherei insgesamt verbessern?



Hunderttausende haben am 18. Mai, fünf Tage nach Berlusconis Wahlsieg, in der Metallindustrie die Arbeit niedergelegt und an zahlreichen großen Kundgebungen teilgenommen. Ziel der Aktionen war, einen neuen Einkommenstarifvertrag durchzusetzen, der neben der betrieblichen Ebene auch die nationale Ebene der Tarifierung beibehält. Der Branchenverband Federmeccanica und der Industriellenverband Confindustria wollen die nationale Ebene zugunsten der reinen Unternehmensregelungen abschaffen, Berlusconi hatte Unterstützung für die Unternehmerforderungen versprochen. An den Aktionen beteiligten sich auffällig viele junge Leute, die in den letzten Jahren in prekären Arbeitsverhältnissen eingestellt worden sind. Die landesweite Mobilisierung war nach verbreiteter Einschätzung die größte seit 1994. Damals ging es um die Abwehr der Rentenkürzungspläne der ersten Berlusconi-Regierung.

Mitte-Links ohne Alternative

Auf der anderen Seite hatte die Mitte-Links-Koalition dagegen kein Konzept. Sie stand im Wesentlichen für ein „Weiter so“ mit ihrer bisherigen Politik. Diese Politik war in den letzten fünf Jahren kaum als Alternative zur Politik der Rechten kenntlich, sondern wurde vielfach als deren gemäßigte Variante empfunden. Der Präsident der Linksdemokraten und zeitweilige Regierungschef D'Alema hat sie selber so beschrieben: „In diesen Jahren haben wir eine Politik gemacht, die erlaubt hat, das Land ohne soziale Konflik-

te zu sanieren. Politische Maßnahmen der Sanierung, der Einschränkungen und Opfer ohne eine Stunde Streik.“ In der Innenpolitik hat die Koalition auf soziale und demokratische Reformen verzichtet und ist stattdessen auf Stichpunkte wie Flexibilisierung des Arbeitsmarktes oder Privatisierung des Schulwesens eingestiegen. In der Außenpolitik hat sie den Krieg auf dem Balkan unterstützt. Auf diese Weise hat sie viele frühere Wähler enttäuscht, die Aussicht auf eine Fortsetzung dieser Politik war demobilisierend. Die Linksdemokraten stecken in einer tiefen Krise. Sie steuern auf einen Sonderparteitag zu, aber eine künftige Alternativstrategie ist noch nicht erkennbar.

Aber auch Rifondazione kann nicht einfach weitermachen und zur Tagesordnung übergehen. Die Partei konnte sich zwar gegen das Zerriebenwerden zwischen den Bündnis-Blöcken behaupten, aber das Ausscheren aus der Regierung und die Spaltung der Partei haben gekostet. Rifondazione ist nicht für den Erfolg Berlusconis verantwortlich, wie jetzt manche behaupten, die nicht über die Regierungspolitik von Mitte-Links in den letzten Jahren sprechen möchten. (So hat besonders der Regisseur Nanni Moretti vom Film-Festival in Cannes aus den Rifondazione-Sekretär Bertinotti zum Alleinschuldigen für den Erfolg Berlusconis erklärt, was Moretti aber Kritik von verschiedenen Seiten bis hin zu Linksdemokraten eingebracht hat.)

Aber auch Rifondazione muss zur Klärung beitragen, wie eine Strategie für die nächsten Jahre aussehen kann, die den reaktionären Umbau der Gesellschaft verhindern und selber wieder für soziale und demokratische Reformen in die Offensive kommen kann. *rok*

Rifondazione comunista (PRC) zum Wahlergebnis

(aus einer Stellungnahme der nationalen Leitung vom 17.5.)

Die nationale Leitung schätzt das Ergebnis von Rifondazione comunista als besonders wertvoll und bedeutend ein. Der PRC erhöht seine Stimmenzahl um 537.000, verglichen mit der Europawahl, wobei er in der Abgeordnetenkammer 1.867.712 Stimmen erzielt. Ein Resultat, das erreicht wurde trotz der wiederholten Versuche, uns unkenntlich zu machen und auszuradieren, in gegenläufiger Tendenz zu der bipolaren Einschnürung und imstande, einen dynamischen Faktor der italienischen Gesellschaft darzustellen ... Das Ergebnis des PRC stellt einen wichtigen Bezugspunkt gegenüber dem Sieg von Mitte-Rechts und der Niederlage von Mitte-Links dar. Einen nützlichen Bezugspunkt für alle linken und demokratischen Kräfte, die ab sofort eine soziale und politische Opposition gegenüber der Regierung der Rechten aufbauen

en wollen. Diese Rechten repräsentieren eine beunruhigende und gefährliche Mischung aus radikaler Marktwirtschaft, Populismus und reaktionärer Demagogie, denen auf dem wirtschaftlichen Feld und dem des Gesellschaftsmodells begegnet werden muss.

Dieser Sieg von Mitte-Rechts ist eng verknüpft mit der Niederlage von Mitte-Links und dessen strategischem Projekt. Die Gesamtheit der Entscheidungen der letzten Jahre hat zu einem solchen Ergebnis beigetragen. Die marktwirtschaftliche Option, die zu einer Verschlechterung der Einkommensverhältnisse und des Arbeitsmarktes geführt hat; den Rechten auf ihrem eigenen Feld hinterherlaufen; die Entscheidung für das Mehrheitswahlsystem und der Krieg auf dem Balkan haben zu einem tiefen Identitätsverlust im Verhältnis zu den eigenen Leuten und einem radikalen Gegensatz auf der Linken geführt. Der PRC hat hartnäckig eine Änderung der Linie angestrebt, die Mitte-Links aber ebenso hartnäckig verweigert hat ...

Unsere Opposition gegenüber der Re-

gierung wird sich besonders auf sozialem Gebiet entwickeln und die vielen Erfahrungen des Kampfs und die Streiks für die Tarifverträge und gegen die Globalisierung zur Geltung bringen. Und ausgehend von diesen Anhaltspunkten von Bewegung kann man in nicht „politisierenden“ Formen an einem Prozess wirklicher Neugründung aller Linken arbeiten ... Es ist also unserer Meinung nach wichtig, eine Auseinandersetzung unter den Linken wieder zu eröffnen, die die Analyse der italienischen Gesellschaft und der sozialen Subjekte sowie die Themen der Globalisierung in den Mittelpunkt stellt.

Der PRC ist mit der Neugründung einer kommunistischen Massenpartei befasst und dem Aufbau einer antagonistischen Linken, die ihre Verankerung in den Kämpfen gegen die kapitalistische Globalisierung findet. Von da aus bringen wir wieder unseren Vorschlag einer pluralen Linken vor, was von der gemäßigten Linken verlangt, mit der neoliberalen Politik zu brechen und eine Kritikfähigkeit bezüglich der neuen Weltordnung wiederzufinden ...



Am 17. Mai fand in ganz Griechenland der zweite große Generalstreik gegen die Rentenreform statt. Seit dem 26. April, dem ersten Generalstreik, hatte es keinen Tag ohne Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegeben. Jetzt am 17. Mai beteiligten sich in den Städten Athen, Tessaloniki, Patras und Valos zwischen 90 und 100 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und privaten Gewerbe sowie bis zu 80 Prozent in den ländlichen Gebieten. In Athen kam es während der zentralen Gewerkschaftsdemonstration von über 50.000 Menschen vor dem Sitz des griechischen Industriellenverbandes zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Regierung erklärte, dass in diesem Jahr über sechs Mrd. DM in den Rentenkassen fehlen würden. Ihre Rentenpläne mit Senkung der Renten um 20 Prozent und Erhöhung des Rentenalters generell auf 65 Jahre musste sie aber unter dem Druck der Proteste vorläufig zurückziehen. Die Gewerkschaften fordern jetzt mit Unterstützung des linken Pasok-Flügels und der Kommunisten ein Drei-Säulen-Modell. Vorsorgeleistungen, Rentenalter und -Bezüge sollen unangetastet bleiben, die Kosten der Reform sollen Wirtschaft und Staat aufbringen. (rub, Bild: ND)

Arroganz der Weltmacht

Das Repräsentantenhaus der USA hat ein „Gesetz zum Schutz der amerikanischen Streitkräfte“ verabschiedet, das neben US-Soldaten, Beamte und Regierungsmitglieder davor schützen soll, vom Internationalen Strafgerichtshof belangt zu werden. Das Gesetz verbietet US-Institutionen, mit dem Gericht zusammenzuarbeiten, und untersagt Staatsanwälten des Gerichts, auf amerikanischem Territorium zu ermitteln. Überdies wird den Staaten, die den Gründungsvertrag ratifizieren, die US-Militärhilfe gestrichen – Ausnahme sind die NATO-Mitglieder und andere enge Verbündete. Der Betreiber des Gesetzes, Jesse Helms, wird mit den arrogant-freimütigen Worten zitiert, der Internationale Strafgerichtshof sei „ein Monster – und es ist unsere Pflicht, das Monster zu erschlagen, bevor es gedeiht und uns heimsucht“.

Der Vertrag zur Gründung des Internationalen Gerichtshofes ist bisher von 139 Ländern unterzeichnet, jedoch erst von 30 ratifiziert, darunter der BRD; wirksam wird er, sobald 60 Staaten ihn ratifizieren. Die Clinton-Regierung hat von Beginn an gegen die Einrichtung des

Internationalen Strafgerichtshofes gearbeitet, den Vertrag dann am Ende doch noch unterzeichnet. Damit wäre auch die Bush-Regierung verpflichtet, den Gerichtshof zu fördern. Um so alarmierender ist die Entscheidung des US-Repräsentantenhauses (sie muss noch vom Senat bestätigt werden). Zwar zeigt das Beispiel des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, dass die imperialen Großmächte ohnehin kaum Sorge tragen müssen, dass ihre Kriegsverbrechen juristisch aufgearbeitet werden. Schröder/Scharping/Fischer oder irgendein anderes Regierungsmitglied der NATO-Staaten, das steht längst fest, wurden oder werden für das Verbrechen des Angriffskrieges gegen Jugoslawien oder für die in diesem Krieg nachweislich verübten Verbrechen vor dem Haager Gericht nicht landen. Damit nicht zufrieden, nehmen die USA mit dem Gesetz unumwunden in Anspruch, bei der Verfolgung der eigenen Weltherrschaftsinteressen jedes Verbrechen begehen zu können.

Militarisierung der EU schreitet fort

Die Außen- und Verteidigungsminister der EU haben bei Treffen Mitte Mai der „gemeinsamen Sicherheits- und Vertei-

digungspolitik (ESVP)“ erste operationelle Ziele gesetzt. Bis Ende des Jahres wollen sie operationell für die eigenständige Durchführung von „Rettungs- und Evakuierungsmissionen im europäischen Umfeld“ gerüstet sein, für 2002 sind erste gemeinsame EU-Stabsübungen angesetzt. Am Rande der Treffen unterzeichneten die Niederlande und die BRD ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung und bessere Auslastung der Lufttransportkapazitäten. Die Niederlande beteiligen sich mit sofort abrufbaren 100 Mio. Gulden an Rüstungsvorhaben der Bundeswehr und bekommen im Gegenzug in Form von gutgeschriebenen Flugstunden deutsche Lufttransportkapazität zur Verfügung gestellt. Der Luft- und Seetransport gehört mit zu den Bereichen, in denen die EU in starkem Maße auf die NATO, sprich USA angewiesen ist. Scharping bezeichnete das Abkommen als sehr gutes Beispiel dafür, wie im Rahmen der „EU-Sicherheitspolitik“ die einzelstaatlichen Beiträge nicht einfach addiert, sondern optimiert und zur Stärkung der Gemeinschaft koordiniert werden könnten.

Gen Osten – die NATO will immer weiter vorrücken

Mit einer gemeinsamen Erklärung bestätigten jetzt die Regierungschefs bzw. ihre Stellvertreter zehn weiterer Länder aus Ost- und Südosteuropa ihren Willen, der NATO beizutreten: Albanien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowakei, Slowenien. An der dreitägigen Konferenz, deren Ergebnis die Erklärung ist, nahmen auch Delegationen westeuropäischer Länder teil. Die US-Regierung richtete eine Botschaft an die Konferenz, in der er bekräftigte, dass die NATO-Osterweiterung weitergehen müsse.

Partnerschaftsvertrag mit Kroatien

Nach Mazedonien hat jetzt auch Kroatien als zweiter Staat des westlichen Balkans ein „Partnerschaftsabkommen“ mit der EU abgeschlossen. Das sogenannte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen leitet die Einbeziehung Kroatiens in den EU-Osterweiterungsprozess ein. Nach einer Übergangsfrist von sechs Jahren soll eine Freihandelszone mit der EU errichtet werden. Die EU drängt auf verschiedene Reformen, u.a. auf die Aufhebung der allzu offensichtlichen Diskriminierungen gegen die serbische Minderheit. – Derweil sehen erste Teilergebnisse bei den Kommunalwahlen (Stand: 21.5.) die nationalistische Partei des verstorbenen Staatschefs Tudjman, HDZ, entgegen den allgemeinen Erwartungen vorn. Sie führt vor den Sozialdemokraten in acht von zwölf der bis Montagmorgen ausgezählten Landkreise.

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. 400 Menschen demonstrierten am 16. Mai ihre Unterstützung für die Forderungen der todesfastenden Gefangenen in türkischen Gefängnissen: die Aufhebung der Isolation, die Abschaffung der F-Typ-Gefängnisse (moderne Hochsicherheitsgefangnisse vom Typ Stammheim), das Ende der brutalen Zwangernährung und von Folter und Vergewaltigung in den Gefängnissen. Das Todesfasten, bei dem bisher 22 Menschen ihr Leben ließen, dauert heute, am 21. Mai, bereits 213 Tage an. Nach wie vor ist die Regierung nicht einmal zu Verhandlungen bereit. Der GEW-Gewerkschaftstag verabschiedete eine Resolution, mit der er u.a. die türkische Regierung zum Dialog mit den Gefangenen aufrief. *scc, Bild: res*



Internationales Treffen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

BERLIN. Mitte Mai versammelten sich auf Einladung des Bundesvorstandes der PDS, der Bundestagsfraktion der PDS, der Konföderierten Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und des Forums der neuen Europäischen Linken (NELF) Vertreter unterschiedlichster politischer Richtungen, Institutionen und Parteien in Berlin zu einem Meinungsaustausch über Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Es sprachen Andreas Nachama, Jüdische Gemeinde Berlin, Max Stadler, FDP-Bundestagsabgeordneter, Prof. Hajo Funke, Freie Universität Berlin, Prof. Saskia Sassen, Universität Chicago, Didier Motchane, „Mouvement des Citoyens“ Frankreich und Petra Pau,stellvertretende PDS-Vorsitzende.

Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer, die in der Debatte das Wort ergriff, rief dazu auf, über das zu sprechen, „was wir noch nicht wissen, anstatt uns in der Wiederholung des Bekannten festzureden“. Weitgehend wurde diese Bitte aufgenommen und über die Ursachen der rechten Erscheinungen in der Gesellschaft debattiert. Zustimmung fand die Feststellung Gabi Zimmers, dass es die Aktivisten der Antifa sind, „die das Schweigen der Mehrheiten durchbrechen, wenn sie sich dem Rechtsextremismus entgegenstellen“. Rechts existiert nicht außerhalb der Gesellschaft, wie Prof. Jäger aus Duisburg feststellte. In der Mitte der Gesellschaft liege ein wesentlicher Ansatzpunkt. Rechte Agitation könne „nichts bewirken, wenn sie nicht von dort genährt und akzeptiert wird“. Gewalt in der Gesellschaft, in welcher Form auch immer (Entlassungen, Mobbing), in der Gesellschaft nehme zu.

Der Kampf müsse auf verschiedenen Ebenen geführt werden und sei keine einseitige nationale Angelegenheit. *abe*

Keine Erteilung von Hermesbürgschaften für den Ilisu-Staudamm!

BERLIN. Unter diesem Motto wird am 23. Mai der Trägerkreis der Hasankeyf-Kampagne eine Demonstration in Berlin durchführen und die seit einem Jahr gesammelten Unterschriften der Bundesregierung übergeben. Mit der Gewährung einer Hermesbürgschaft der Firma Sulzer aus Ravensburg für den Ilisu-Staudamm in der Türkei nahe der Grenze zum Irak würde die Bundesregierung mitverantwortlich für die Zwangsumsiedlung tausender Kurdinnen und Kurden, den Untergang der historisch bedeutenden Stadt Hasankeyf (*Bild*) und die mögliche Zunahme von Konflikten in der Region. Gleich nach dieser Demonstration wird eine weitere Kampagne zu den Staudämmen in Dersim am Fluss Munzur beginnen. Auch hier plant der türkische Staat, wie im Fall von Hasankeyf, mit Staudämmen die Kulturlandschaften und ein Naturschutzgebiet zu zerstören. Vom 28. bis 30. Mai werden dazu Infoabende in Köln und Bochum stattfinden, weitere gibt es am 1. Juni in Hamburg, am 4. Juni in Hannover, 5. Juni in Bremen, am 6. Juni in Darmstadt, 7. Juni in Giessen, 8. Juni in Mannheim, 9. Juni in Mainz und Ende Juni ein großes Solikonzert mit Dersim in Hamburg. www.yzkweb.de



9. Juni 2001 – Bremer Protesttag „Hände weg vom Blindengeld“

BREMEN. Am 9. Juni protestieren in Bremen Blinde und Sehbehinderte aus ganz Deutschland gegen die vorgesehene Abschaffung des Landespfegegeldgesetzes im kleinsten Bundesland. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV) ruft dazu auf. Nach dem Willen des Bremer Senats soll die Streichung alle neu erblindeten Menschen treffen, also ausgerechnet Personen, die auf Hilfe in besonderem Maße angewiesen sind. Der Senat des Landes Bremen wird aufgefordert, seinen Beschluss zur Aufhebung des Landespfegegeldgesetzes zurückzunehmen. Geschieht dies nicht, ergeht der dringende Appell an die Bremer Bürgerschaft, die Zustimmung zu verweigern. Die Demonstration zieht am 9. Juni vom Weserstadion zum Goetheplatz, wo um 12 Uhr die Abschlusskundgebung und eine Mahnwache vor dem Rathaus stattfindet. *Weitere Infos: DBSV, K.-H. Weiser, Tel/Fax: 04706/563.*

Berliner CDU rüstet zum Kampf gegen einen „Linksruck“ in Berlin

BERLIN. Auf dem 22. Parteitag der Berliner CDU spielte nicht so sehr die Spendenaffäre des ehemaligen Vorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, eine Rolle, als vielmehr der Kampf gegen „Links“. Landowsky, der seinen Vorsitz niederlegte, aber vom Parteitag sofort wieder zum stellv. Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, trat mit einer Brandrede vor den Delegierten auf, die mit minutenlangen Ovationen entgegengenommen wurde. Landowsky warf der SPD eine „flächen-deckende Strategie“ von Kohl über Biedenkopf bis Berlin vor, in der „die bürgerlichen Eliten der Union moralisch diskreditiert“ werden soll. Die Forderung der SPD nach seinem Rücktritt sei als

„unsittliches Ansinnen“ zu betrachten. Er trete zurück, weil er einem „dumpfen Sozi“ (Momper) und „SED-Epigonen“ kein „Scheinalibi“ für „Neuwahlen und damit für eine neue Konstellation mit der PDS“ geben wolle. Die Union werde kämpfen und mit einem „Hauptstädtebündnis der Bürgerlichen“ verhindern, dass es in Berlin eine „linke Republik“ gebe. Diepgen verlangte von der SPD Koalitionstreue bis zum Ende der Legislaturperiode, weil es dazu für die CDU, „die Berlinpartei der Modernisierung mit sozialem Gesicht“, keine Alternative gebe.

Nicht die Spendenaffäre Landowskys war Thema des CDU-Parteitages, sondern frontaler Angriff und Eröffnung eines Wahlkampfes à la Landowsky, der nach wie vor in Berlin die Fäden ziehen wird. *abe*

Dem DDR-Indologen Mylius wird der Tagore-Preis streitig gemacht

LEIPZIG. Die Stuttgarter Deutsch-Indische Gesellschaft hatte vor, dem Leipziger Indologen, Prof. Klaus Mylius, in diesem Jahr den Tagore-Preises zu überreichen. Mylius ist ein international anerkannter Indologe mit vielen Veröffentlichungen zur Literaturgeschichte Indiens, Übersetzungen („Kamasutra“, 1987) und Wörterbüchern Sanskrit-Deutsch, Deutsch-Sanskrit. Der Vorschlag zur Verleihung des Preises kam vom Schweizer Institut für Indologie. Gegen den Vorschlag begann auf Initiative eines Heidelberger Professors eine „Rufmordkampagne“ – so das Schweizer Institut –, die ihresgleichen sucht. Mylius wurde verdächtigt, für die Staatssicherheit der DDR gearbeitet, Kollegen behindert und geschadet zu haben. Selbst nachdem der Heidelberger Professor in einem Offenen Brief seine Anschuldigungen zurücknehmen musste, wurde die Kampagne gegen Mylius nicht eingestellt. Offenbar werden nach zehn Jahren Einheit im Nachhinein immer noch deutsch-deutsche Schlachten geschlagen und wird versucht, einen verdienstvollen DDR-Hochschullehrer zu diffamieren. Die endgültige Entscheidung der Jury zur Preisvergabe steht noch aus. *abe*

Deutschlandrundreise gegen die Militarisierung des Weltraums

MÜNCHEN. Im Rahmen seiner Deutschlandrundreise machte Bruce Gagnon, Koordinator des Weltweiten Netzwerks gegen Atomkraft und Waffen im Welt Raum*, am 18. Mai beim Münchner Friedensbündnis Station, wo er vorschlug, dass die Münchner Friedensgruppen am 13. Oktober (weltweiter Aktionstag gegen Weltraumrüstung) eine Demonstration zur Antennenstation der USA bei Bad Aibling organisieren. Er führte zu den Plänen der Bush-Regierung für ein nationales Raketenabwehrsystem aus, dass „Raketenabwehr“ nur ein Vorwand, ein „Trojanisches Pferd“ ist, um die

weitergehenden Pläne für eine absolute militärische Dominanz des Weltraums voranzutreiben. US-amerikanische Killersatelliten und Laserkanonen im Orbit wären die Zukunft, so Gagnon, wenn die Pläne umgesetzt werden. Zur Energieversorgung würden Atomreaktoren eingesetzt, die früher oder später als strahlende Trümmer in die Erdatmosphäre zurückkehren. Für die Entwicklung eines weltraumgestützten Laser gebe es eine 30 Milliarden US-Dollar Finanzierung. Das Raketenabwehrprogramm verfüge bereits über 60 Milliarden Dollar, Forderungen gingen aber bis zu 200 Milliarden Dollar. Wegen dieser Summe werden wahrscheinlich auch Europäer, u.a. Deutschland an den Kosten beteiligt. Gleichzeitig werden weltweit Bodenstationen dazu benötigt. Deshalb gilt das Augenmerk auch den Großantennen bei Bad Aibling, die als Bestandteil des USA-Abhörsystems „Echelon“ bekannt wurden. – Die Rundreise von Bruce Gagnon endet am 19./20. Mai mit Veranstaltungen in Kornwestheim, Darmstadt und Frankfurt. *Zum „Global Network against Nuclear Power and Weapons in Space“ siehe: www.space4peace.org, in Deutschland auch www.pressehuette.de. www.muenchner-friedensbuendnis.de

Neue Broschüre zum Thema Bundeswehrgelöbnisse und 20. Juli

BERLIN. Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr sind nicht nur in Berlin eine umstrittene Angelegenheit. Die jetzt erschienene Broschüre des Büros für antimilitaristische Maßnahmen und des Bildungswerkes für Friedensarbeit der DFG-VK Berlin untersucht die Geschichte von Gelöbnissen wie auch die Bedeutung, die ihnen heute zukommt. Der Schwerpunkt ist dem militärischen Widerstand der Wehrmacht gewidmet. Die Texte sollen als Argumentationsmaterial für örtliche Bündnisse dienen. Um zu betonen, dass es beim Protest gegen Gelöbnisse um mehr geht als nur um Protest gegen eine bestimmte Erscheinungsform des Militarismus, werden auch die Grundzüge der deutschen Außenpolitik und die Umstrukturierung der Bundeswehr behandelt. 52 Seiten A4, Preis 4 DM. eMail: info@bamm.de www.bamm.de



Aktion der Stadtbibliothek

MÜNCHEN. „So wie heute und hier sieht er wohl aus, der Aufstand der Anständigen: Jetzt warten wir ... auf den Anstand der Zuständigen!“ Mit diesen Worten begann Heribert Prantl am 12. Mai seine Ausführungen als Hauptredner auf der Kundgebung der Münchner Stadtbibliotheken gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Leiter des

Ressorts „Innenpolitik“ der Süddeutschen Zeitung ließ keinen Zweifel daran, dass er damit die Staatskanzlei und das Bundeskanzleramt im Auge hat. Zuvor waren etwa 1200 Menschen in einem lebendigen Demonstrationszug vom Marienplatz zum Gasteig gezogen. Auf dem Marienplatz hatte Stadtrat Heimo Liebich die Aktion der Münchener Stadtbibliotheken „Wissen statt Hassen“ auch im Namen von OB Ude begrüßt. Neben den Haupttransparenten wurden viele Schilder mitgetragen, auf der einen Seite mit den offiziellen „Bilde Deine Meinung -Plakaten“ der Stadtbibliotheken, auf der anderen Seite u.a. mit einem Zitat, das sehr gut zum Grundgedanken der Ausführungen des Hauptredners passt: „Toleranz kann eigentlich nur eine vorübergehende Tugend sein. Sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“ Johann Wolfgang von Goethe.

M.B. – Münchner Lokalberichte



Bundesweiter Aktionstag am 16. Mai

LEIPZIG. Am 16. Mai fanden an vielen Hochschulen unter dem Motto „Demokratie statt Zwang – Aufstehen für freie Bildung und kritische Wissenschaft!“ Aktionen gegen Stellenkürzungen und den Umbau der Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen statt. In Leipzig wurden um 7 Uhr Aufgänge im Hörsaalgebäude blockiert und Informationen, Programme und Buttons „Bildung abgebrannt?“ verteilt. Ab 10 Uhr fanden dann überall in der Innenstadt Aktionen der Fachschaften statt: Vom Protestfrühstück, Querlegen inkl. kurze Straßenblockaden, Polis mit Diskussion und Scherbengericht auf dem Markt, Bildungsworkshop, Versteigerung von Lehrstühlen etc. Ab 14 Uhr kamen die Studierenden der Fachhochschule HTWK, der HGB die Mediziner der Uni-Leipzig zum Markt demonstriert, um sich dort mit denen der Universität Leipzig zu vereinigen. Mehrere Ansprachen folgten (GEW, Jusos, linksruck, Mediziner, PDS, RCDS, StuRa HTWK, StuRa Uni Leipzig) Der größte Teil der Sprecher unterstützten die außerparlamentarischen Aktionen der Studierenden und sah auch die Gefahr des Umbaus der Hochschulen nach Verwertungskriterien. Anschließend ging es mit einer Demonstration (Teilnehmer-Schätzungen schwanken zwischen 1.500 und 5.000) um den Ring und weiter zur Besetzung des Hörsaalgebäudes mit Diskussionen, Lesungen, Filmen und Musik.

Am 17. Mai wurde die Besetzung um 9.00 Uhr mit einer Abschlussversammlung des nachtdurchhaltenden „harten Kerns“ inkl. Frühstück beendet. www.indymedia.de und weitere Informationen unter: www.ak-leipzig.2xs.de

**Nachkrieg an der
Münchner Universität**

Zwei Ausstel- lungen

Zwei Ausstellungen wurden Anfang Mai an der Münchner Universität eröffnet. Beide vertragen sich nicht gut miteinander, und so gab es schon bei der Vorbereitung Streit.

Die eine Ausstellung wurde von der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) aufgestellt und trägt den Titel „Odsun – Vertreibung der Sudetendeutschen“. Die SL fand nämlich, dass die Ausstellung der Capek-Gesellschaft, die im letzten Jahr vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) in der Universität gezeigt worden war, nicht der historischen Wahrheit entsprochen habe und dass sie deshalb das Recht haben müsse, mit ihrer Ausstellung die wirkliche Wahrheit zu verkünden. Das müsse auch am gleichen Ort geschehen: im Lichthof des Uni-Hauptgebäudes gleich neben der Denkstätte für die Geschwister Scholl. Nach Protesten des AStA und anderer Demokraten nahm die Uni-Leitung ihre Genehmigung zunächst zurück, erlaubte dann aber doch die Ausstellung in einem Korridor neben der Großen Aula. Dort wurde die Ausstellung am 3. Mai eröffnet. Im Einladungsflugblatt wurde die Umsiedlung der deutschen Minderheiten nach dem 2. Weltkrieg als „schlimmste ethnische Säuberung in der ganzen Weltgeschichte“ bezeichnet. Diese Aussage wurde als Zitat des US-Präsidenten Bush verkleidet.

Die Studentenvertretung protestierte gegen die Ausstellung und insbesondere gegen die Aussage in dem Einladungsflugblatt. „Das ist eine unglaubliche Verharmlosung des Holocaust“, schrieb sie in einem Flugblatt.

Der AStA selbst hatte eine andere Ausstellung vorbereitet, die am 8. Mai eröffnet wurde. Diese Ausstellung trägt den Titel „Betrifft: Aktion 3“. Aktion 3 war eine Chiffre der Nazis für die Deportation von Juden. Die Ausstellung zeigt anhand von Akten der deutschen Finanzämter, wie sich der Nazi-Staat und die „arische“ Bevölkerung am Besitz der verschleppten und ermordeten Juden bereichert. Diese antifaschistische Ausstellung, so argumentierten die Studentenvertreter, sei dem Ort und dem Datum 8. Mai angemessen. Außerdem kündigten sie an, dass sie der Eröffnung der Sudeten-Ausstellung nicht schweigend zusehen würden.

Das taten sie auch nicht. Als am 3. Mai die Anhänger der SL zur Uni kamen, um an der Eröffnungsveranstaltung teilzunehmen und „Seiner Kaiserlichen Hoheit Otto von Habsburg“ zu lauschen, wurden sie vor dem Portal von einer Protest-



kundgebung empfangen. Und als in der Großen Aula die Blaskapelle anfangen wollte, den Sudetenmarsch zu blasen, sprangen plötzlich aus den ersten Reihen der Zuschauerbänke etwa 40 junge Leute auf die Bühne, hoben Tafeln hoch, entrollten ein großes Transparent mit der Aufschrift „Holocaust-Verharmloser raus!“, riefen laut „Revanchisten raus!“ und „Ja zum Potsdamer Abkommen!“ und sangen Lieder gegen die deutsche Hegemonialpolitik in Europa.

Die SL-Funktionäre bekamen rote Köpfe vor Zorn und liefen aufgeregzt hin und her. Die guten Bürger im Saal verga-



ßen ihre gute Kinderstube und besannen sich auf die obszönen Schimpfwörter in ihrem Arsenal. Da die SL in der Uni Gast war, musste sie abwarten, was der Rektor tun würde. Der kam nach einer Weile und bat die Studenten, die Bühne zu verlassen. Als die blieben, ging der Rektor wieder. Irgendwann kamen vier Polizisten, fanden, dass sie gegen 40 Studenten nichts machen könnten, und gingen wieder. Erst nach einer Dreiviertelstunde kam polizeiliche Verstärkung und geleitete die Studenten aus dem Saal. Otto Habsburg hatte mittlerweile fluchend die



Posselt, CSU, EU, SL u. Habsburg, Otto v.

Veranstaltung verlassen, weil er anderswo erwartet wurde. So mussten die SL-Anhänger auf ihren kaiserlichen Hauptredner verzichten. Die Veranstaltungsleitung ersetzte seine Rede durch eine elen lange Aufzählung der anwesenden CSU-Honoratioren.

In ganz anderem Sinne ungewöhnlich ging es bei der Eröffnung der AStA-Ausstellung am 8. Mai zu. Auch diesmal ging der Veranstaltung eine Protestkundgebung vor dem Uni-Portal voraus. Diese Kundgebung richtete sich aber nicht gegen die Ausstellung, sondern gegen die deutsche Wirtschaft und deren Verzögerungsmanöver bei der Auszahlung von Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen. Die Teilnehmer forderten die deutsche Regierung auf, endlich dafür zu sorgen, dass die Auszahlung sofort beginnt.

Natürlich nahmen die Kundgebungsteilnehmer auch an der Eröffnungsveranstaltung teil. In dem Hörsaal, wo diese stattfand, hing an der Wand über dem Rednerpult ein großes, auf Stoff gemaltes Bild des sowjetischen Soldaten, der nach der Eroberung Berlins die rote Fahne über den Trümmern des Nazireichs schwenkt. Zu Beginn der Veranstaltung sang der sowjetische Veteranenchor MIR mehrere Lieder. Dann sprach der Widerstandskämpfer und Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten, Peter Gingold, zu den Anwesenden. Mit seinen Schilderungen vom Kampf in der französischen Résistance und bei den italienischen Partisanen zog der temperamentvolle 85-Jährige die Zuhörer völlig in seinen Bann. Er berichtete über Situationen, in denen die Lage aussichtslos und die Macht der Faschisten unüberwindbar erschien. Und er rief den Zuhörern zu: Auch wenn die Lage noch so aussichtslos erscheint, geht nicht auf! Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Faschismus trotzdem besiegt ist. Der 8. Mai ist ge-

kommen! Begeisterter Applaus dankte ihm.

Nachdenklicher wurden die Zuhörer, als Peter Gingold schilderte, welche Vorstellungen die Widerstandskämpfer damals von der Zukunft hatten. Wie wenig davon wurde doch nach 1945 in der BRD verwirklicht!

Hieran knüpfte auch der zweite Redner des Abends an. Der Düsseldorfer Professor Wolfgang Dreßen, der die Ausstellung „Betrifft: Aktion 3“ erarbeitet hat, berichtete über einen Teil deutscher Geschichte, in der, wie er sagte, „der 8. Mai sehr wenig vorkam“. Dreßen konnte historische Akten des Oberfinanzamtes Köln auswerten. Aus diesen Akten lässt sich ziemlich genau rekonstruieren, wie die deutschen Finanzämter während der Nazi-Zeit die Hinterlassenschaften deportierter Juden zugunsten der Staatskasse verkauft und versteigert haben. In einer „Aktion M“ wurden die Möbel der Deportierten und Ermordeten auch aus den eroberten Ländern waggonweise ins Reich gefahren und dort versteigert. Die große Mehrheit der Deutschen nahm die Gelegenheit zum günstigen Einkauf wahr, obwohl nicht verschwiegen wurde, um was für eine Ware es sich handelte. Denn für jeden Handel gab es eine Quittung, auf der mit bürokratischer Genauigkeit vermerkt war, dass es sich um Gegenstände aus „nichtarirschem“ Besitz handelte. Meist war sogar der Name „des Juden/der Jüdin“ vermerkt, der die Sachen gehört hatten. Auf diese Weise, so analysierte Prof. Dreßen, wurde eine Volksgemeinschaft des Verbrechens hergestellt, die die Bevölkerung bis auf einen kleinen Prozentsatz bewußter Antifaschisten mit den Nazis verband. Das sei ein wichtiger Grund dafür gewesen, dass es nach dem 8. Mai 1945 nicht zu einem radikalen Bruch mit dem Faschismus kam. Häufig seien nach 1945 dieselben Finanzbeamten, die vorher die Versteigerungen geleitet hatten, für die Entschädigung der Opfer zuständig gewesen.



Prof. Dreßen schilderte auch, wie schwierig es für ihn gewesen war, die Akten überhaupt einsehen zu können, und welche Anstrengungen bis heute von den Ämtern unternommen werden, um diese Unterlagen vor den Augen allzu neugieriger Historiker zu schützen.

So wurden die Zuhörer bei dieser Veranstaltung nach der Freude über den 8. Mai auch damit konfrontiert, wieviele Hoffnungen und Erwartungen, wieviele Visionen von einer wirklich antifaschistischen, demokratischen Zukunft noch zu erfüllen sind. Renate Hennecke

CSU-Politiker greifen Gegner von Gebietsansprüchen an

Dokument aus der Süddeutschen Zeitung vom 5.5.01: „Die Demonstration während der Eröffnung der Ausstellung in der Ludwig-Maximilians-Universität über die Vertreibung der Sudetendeutschen hat der Münchner CSU-Vorsitzende Johannes Singhammer scharf verurteilt. Als bösartige Feinde des freien Wortes und des Rechtsfriedens hätten sich Links-Chaoten gebärdet. Die Ausstellung diene der Wahrheit und damit der Versöhnung. Vertreibung und ethnische Säuberung müssten international geächtet werden. Die diskriminierenden Benesch-Dekrete müssten vom Tisch. CSU-Sprecher Marian Offman bekräftigte gestern, die CSU habe sich nicht von den Sudetendeutschen distanziert. Offman hatte gesagt, die CSU lehne ei-

ne „Hierarchisierung der ethnischen Säuberungen ab“ und vertrete keineswegs die in einem Faltblatt gemachte Aussage; dass die Sudetendeutschen Opfer der „schlimmsten ethnischen Säuberungen in der ganzen Weltgeschichte“ wurden. CSU-Stadtrat Andreas Lorenz sieht das anders. Dem Zitat sei nichts hinzuzufügen, erklärte er. dü.“

Kommentar: Marian Offman ist Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde München. Ohne ihn offenbar direkt zu erwähnen, kritisiert er den in dem obengenannten Flugblatt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt verschiedener Mitglieder der Münchner CSU, der die Verbrechen der NS-Faschisten an der jüdischen Bevölkerung mit Vorsatz relativiert. Jürgen

Eine Herausforderung

Das provokative Auftreten der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) an der Uni steht in Zusammenhang einer planmäßigen politischen und ideologischen Offensive, die von der CSU gefördert, man könnte auch sagen betrieben wird. Denn fast jeder Honorarior, der an den Veranstaltungs-Abenden auffiel, war irgendwie bei der CSU beschäftigt. Danksagungen für Verständnis, Zeit und Geld, Beifall –, auch die ca. 250 Besucherinnen und Besuchern eines Abends mit Zeitzeugen, am 9. Mai in der kleinen Aula der Uni München, wussten, was sie der CSU schulden. Aber zurück. Menschen, die zur Zeit der Aussiedlung erwachsen waren, sind heute alt. Und wie es uns allen gehen mag: Jugenderinnerungen sitzen tief. – Der Bericht über den Verlust von Heimat kann Menschen bis auf die Grundfesten erschüttern, ist Leid, fordert Teilnahme.

Aber was ist, wenn solche Berichte der Verfestigung von Lügen dienen, die politische Aggressionen legitimieren sollen? Die Rolle des Deutschtums im Habsburgerreich, die Anschlusspolitik, mit der die Nazis zuerst Österreich kaputtmachten und dann an die Zerschlagung der CSR gingen, die Hinwendung der tschechischen Bürger deutscher Nationalität zu Hitlerdeutschland, die Spekulation auf eine beherrschende Rolle des (Sudeten)-Deutschtums auf dem Territorium der CSR: Nichts kam zur Sprache. Obwohl, unterstreiche obwohl! diese Teile der Geschichte in den Familiendiskussionen der Sudetendeutschen immer mitschwingen (Stichwort: Auf den Hitler hätten wir uns halt nicht einlassen sollen). Alles gelöscht, aber nicht folgenlos. Denn irgendeinen Grund für einen solchen Schicksalsschlag muss es ja doch gegeben haben. Was bleibt übrig? Logisch: Der Tscheche mit seinem übersteigerten Nationalismus. Und das war dann auch Argumentationsstruktur in sämtlichen Beiträgen, maskiert höchstens durch Beziehe auf freundliche, hilfsbereite Nachbarn tschechischer Nationalität; Ausnahmen zur Bestätigung der Regel. Aber der Grundton (wörtlich): Die Tschechen sind halt ein bissel so wie die Serben (anhaltender Beifall). So macht eine neu eingeschärzte Lüge die Leiche einer alten lebendig. Die anstrengende Vorführung der Zeitzeugen, die sich doch nur begründen ließe, so weit sie eine Widerholung des Schreckens vermeiden hilft, muss für eine Mobilisierung gegen „die Tschechen“ herhalten, mit eindeutigen politischen Zielen. Die leidvollen Erinnerungen Ausgesiedelter müssen herhalten, um Rückgabe deutschen Eigentums und Einrichtung von Volksgruppenrechten für das Sudetendeutschland von Tschechien einzufordern. Zum Schluss folgte ein Aufruf an weitere Zeitzeugen, sich in Listen einzutragen, Frau Hohlmeier, geb. Strauss und amtierende Unterrichtsministerin plane eine Kampagne „mit der Ausstellung und mit Zeitzeugen“ an den bayerischen Schulen. – Eine echte Herausforderung. maf

Stadtrat online. FRANKFURT A.M. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung will noch 2001 das „Parlamentsinformationssystem Parlis“ freischalten, mit dem sich die 93 Stadtverordneten der Mainmetropole, aber auch alle interessierten Bürger via Internet über alle parlamentarischen Vorgänge im Frankfurter Römer informieren können. Seit einem Jahr arbeitet das Büro der Stadtverordnetenversammlung zusammen mit einer sechsköpfigen Arbeitsgruppe der Parlamentarier an den Anforderungen für die Datenbank, die in den Kommunen derzeit ihresgleichen sucht. Bisher wurden rund 65.000 parlamentarische Vorgänge seit 1993, darunter die Wortprotokolle von 88 Sitzungen des Stadtparlaments aufgenommen. Seit 1.1. wurden Fraktionen, Magistrat und Ortsbeiräte verpflichtet, Anträge per e-Mail in den Römer zu schicken. www.demo-online.de/0501

Geld für Zwangsarbeiter. TÜBINGEN. Als erste und bislang einzige Kommune in Baden-Württemberg hat die Stadt Tübingen jetzt einen Modus zur Entschädigung ihrer ehemaligen Zwangsarbeiter gefunden: Der Gemeinderat stimmte Ende März zu, dass das Kulturamt eine erste Tranche von 60.000 Mark auszahlt. Das Geld sollen Menschen aus Polen, Russland und aus der Ukraine erhalten, die in der Zeit von 1941 bis 1945 Frondienste für die Stadtverwaltung leisten mussten. Unabhängig vom Zehn-Milliarden-Fonds wollte die Tübinger Oberbürgermeisterin – und mit ihr der Gemeinderat, in dem die TÜL/PDS-Fraktion immer wieder nachhakte – „unserer Verantwortung als Arbeitgeber gerecht werden und einen eigenen Beitrag im Umgang mit der deutschen Vergangenheit leisten“. Im Etat 2001 stehen 150.000 Mark für die Entschädigung der Zwangsarbeiter bereit. Das Geld ist allerdings nur für jene Leute bestimmt, die bei der Kommune selbst – egal ob im Altenheim, im Gaswerk oder im Stadtwald – eingesetzt wurden. Wie viele das waren, weiß bis heute niemand genau. Das Kulturamt stieß bei seinen aufwändigen Recherchen bislang auf die Namen von 83 städtischen Hilfskräften. Bei 63 von ihnen führten die Spuren in den Osten – und dort nicht selten auf einen Friedhof. Bislang steht das Kulturamt nur mit zehn der ehemaligen Zwangsarbeiter aus dem Osten in Kontakt. Sie sollen im Sommer oder im Herbst mit einer Begleitperson zu einem mehrtägigen Besuch nach Tübingen eingeladen werden. Thüringer Tagblatt 29.3.01 und 4.5.01 www.cityinfonet.de

Änderungen im Gemeindewirtschaftsrecht. BERLIN. Der Wissenschaftliche Beirat der Gesellschaft für Öffentliche Wirtschaft hält Änderungen am Gemeindewirtschaftsrecht für notwendig.

An 1. Stelle fordert er eine Aufhebung der Subsidiaritätsklausel, die in vielen Gemeindeordnungen enthalten ist, wonach die Gemeinde nur wirtschaftlich tätig werden darf, wenn andere den Zweck nicht besser und wirtschaftlicher erfüllen können. Die Entscheidung über Güte und Wirtschaftlichkeit von Leistungen solle allein dem Markt überlassen bleiben. Allenfalls Schutzklauseln für Handwerk, Gastronomie und Kleinhandel hält der Beirat für denkbar. Ebenfalls marktwidrig sei die Beschränkung der Tätigkeit kommunaler Unternehmen auf die Grenzen ihres Gemeindegebietes. In einigen Gemeindeordnungen ist diese Beschränkung, die kommunale Unternehmen gegenüber anderen Marktteilnehmern benachteiligt, bereits aufgehoben worden. Auch die Wahl zwischen einer öffentlich-rechtlichen und einer privaten Rechtsform sollte den Gemeinden offen stehen. Die Bindung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit an den öffentlichen Zweck will der Beirat ausdrücklich beibehalten wissen. Dabei müssen aber bestimmte Erweiterungen des Tätigkeitsfeldes, ohne die die öffentlichen Unternehmen Marktnachteile hätten, möglich sein. In der Kommunalpolitischen Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Erklärung im Wortlaut dokumentiert.

www.kommunale-info.de

Vorstoß zur beruflichen Gleichstellung MÜNCHEN. Einen Töchter-Tag in Münchner Betrieben, an dem Mädchen der 7. und 8. Jahrgangsstufe aller Schulen einen ersten Einblick ins Berufsleben bekommen, hat die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste beantragt. Die Mädchen sollen – selbstverständlich freiwillig – die Gelegenheit erhalten, an einem bestimmten Tag mit ihren Eltern, Verwandten oder anderen ihnen bekannten Erwachsenen in deren Betriebe zu gehen und auf diese Weise das Spektrum ihrer möglichen Berufswahl erweitern. Mädchen, so Fraktionsvorsitzende Jutta Koller, hätten oft eine bessere Schulausbildung als die Jungen, und trotzdem viel weniger Selbstvertrauen, was die Auswahl ihres Berufes betrifft. Der Töchter-Tag solle auch die Eltern, die an der Berufsplanung ihrer Kinder maßgeblich beteiligt seien, für dieses Thema sensibilisieren. Wichtig sei, dass gerade auch nichtdeutsche Mädchen und ihre Familien auf dieses Projekt vorbereitet würden, „da hier die Vorstellung über die Bandbreite von Berufen, in denen Mädchen eine gute Zukunftschance haben, oft noch unklarer sind als bei deutschen Eltern“. Nach dem Vorbild von Hamburg, das im April diesen Jahres erstmals einen Töchter-Tag durchgeführt hat, müssten möglichst viele Betriebe in die Vorbereitung eingebunden werden.

www.gruene-muenchen-stadtrat.de
Zusammenstellung: baf

Arbeitsloseninitiativen

Jagoda-Tag

Am 7. Juni werden wie jeden Monat wieder die aktuellen Arbeitslosenzahlen offiziell von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht. Dies nehmen die gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen zum Anlass, um bundesweit gegen die gegenwärtige Hetze gegen Arbeitslose zu mobilisieren und zu protestieren. Laut einer Mitteilung vom Hauptvorstand der IG Metall haben in einer Allensbach-Umfrage 66% der Westdeutschen und 40% der Ostdeutschen die Meinung vertreten, dass viele registrierte Erwerbslose nicht arbeiten wollten. Diese gesellschaftliche Atmosphäre stößt nach Ansicht der Gewerkschaft bei Arbeitgeberverbänden und Teilen der Politik auf fruchtbaren Boden. So erkläre der Bundeskanzler, dass es kein „Recht auf Faulheit“ gebe, und im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ versuchten Regierung und Arbeitgeberverbände, verschärzte Sanktionen gegen Arbeitslose durchzusetzen.

In einer Mitteilung vom 24.4.01 ruft der IG-Metall Vorstand die Verwaltungsstellen auf, der „Koordinierungsstelle Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen“ bei ihrer bundesweiten dezentralen Aktion „Arbeitslose fördern statt verurteilen!“ alle Unterstützung zukommen zu lassen: „Die erfreulicherweise sinkenden Arbeitslosenzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer über sechs Millionen Erwerbsarbeitsplätze fehlen – auf eine offene Stelle im Westen Deutschlands kommen acht, im Osten Deutschlands sogar 23 registrierte Erwerbslose.“

Für Juni ist der Regierungsentwurf für eine Reform des Arbeitsförderungsrechtes (SGB III) angekündigt; dieser soll auch veränderte Regelungen zur Vermittlung und Wiedereingliederung enthalten. Derzeit wird aber über verschärfte Sanktionen und Leistungskürzungen als von konkreten Konzepten für eine nachhaltige Wiedereingliederung geredet.

Wir sehen die Notwendigkeit, dieser Verschärfung des sozialen Klimas offensiv entgegenzutreten.



Die „Koordinierungsstelle Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen“ plant deshalb für den 7. Juni 01 (Jagoda-Tag), bundesweit dezentrale Aktionen mit den gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen durchzuführen. Durch eine breite Informationskampagne soll den Vorurteilen gegenüber erwerbslosen Menschen begegnet werden. Darauf hinaus sollen Anforderungen an die geplante SGB III Änderung formuliert werden. Wir möchten euch bitten, im Rahmen eurer Möglichkeiten Aktivitäten der örtlichen gewerkschaftlichen Erwerbslosenarbeitskreise zu fördern und zu unterstützen....“

Jonny Cupples, Jürgen Wilk; aus: Nachrichten und Standpunkte, Schweinfurt

Erklärung des IG-Metall-Vorstandes

Arbeitslosigkeit bekämpfen, Arbeitslose fördern statt diskriminieren!

Angesichts der Debatte um die verstärkten Bemühungen zur Vermittlung von Arbeitslosen und der damit einhergehenden Diskussion um eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber angeblich arbeitsunwilligen Erwerbslosen stellt der Vorstand der IG Metall fest:

1. Das Hauptproblem ist die nach wie vor bestehende Arbeitsplatzlücke. Trotz ArbeitskräfteNachfrage in einzelnen Regionen und Branchen ist insgesamt für das Jahr 2001 mit einer registrierten Massenerwerbslosigkeit in Höhe von ca. 3,7 Millionen Menschen zu rechnen. Die reale Arbeitsplatzlücke liegt bei deutlich über 6 Millionen. Die vermeintliche oder auch tatsächliche Arbeitsunwilligkeit Einzelner ist kein gesellschaftliches Massenphänomen und stellt kein relevantes Problem für die Bundesrepublik Deutschland dar. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedarf es nicht weiterer Sanktionen gegen Arbeitslose, sondern eines beschäftigungspolitischen Gesamtkonzepts, das durch die Arbeitsmarktpolitik flankiert werden muss, nicht aber ersetzt werden kann.

2. Die IG Metall befürwortet ausdrücklich die Entwicklung von Eingliederungsplänen. Diese müssen wesentlich stärker als bisher auf die einzelnen Betroffenen zugeschnitten und frühzeitiger in Einsatz gebracht werden. Die IG Metall weist allerdings darauf hin, dass diese Tätigkeiten durch die Arbeitsämter – und nicht durch etwaige Dritte oder gar kommerzielle Leiharbeitsunternehmen – geleistet werden müssen. Hierfür bedarf es entsprechender Bereitstellung zusätzlichen Personals für Arbeitsämter. Mit der Erstellung von Eingliederungsplänen dürfen die Rechte der einzelnen Betroffenen nicht eingeschränkt werden; vielmehr müssen die Eingliederungspläne unter Mitwirkung der Betroffenen und

unter Wahrung ihrer Rechte realisiert werden. Die Wirksamkeit der Eingliederungspläne wird nicht durch stärkere Repression, sondern nur durch Einbeziehung der Betroffenen und Abstimmung der Maßnahmen auf den Einzelfall erhöht werden können.

3. Unbeschadet der grundlegenden gewerkschaftlichen Zielsetzungen, wie sie beispielsweise den Eckpunkten zur Reform des Arbeitsförderungsrechtes des Arbeitskreises Arbeitsmarktpolitik und auch in der Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes formuliert worden sind, gibt es auch im Rahmen der durch die Bundesregierung für diese Legislaturperiode angestrebten „kleinen SGB III-Reform“ mit dem DGB abgestimmte Alternativen zu einer auf Repression ziellenden Arbeitsmarktpolitik. Im Bündnis für Arbeit wurde bereits gemeinsam verabredet, Jobrotation als Regelinstrument im SGB III zu verankern, sowie eine Weiterqualifizierung älterer Arbeitskräfte in Klein- und Mittelbetrieben unter Nutzung von Mitteln der Arbeitsämter gesetzlich zu ermöglichen. Ferner hält es die IG Metall u.a. für geboten, im Rahmen der kleinen SGB III-Reform die Arbeitsmarktpolitik für Frauen dadurch zu verbessern, dass Erlöschenfristen erweitert, Anwartschaften erleichtert und die Beteiligungsquoten im Rahmen der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik erhöht werden. Tarifvertraglich vereinbarte Qualifizierungsmaßnahmen sollten durch die Arbeitsämter gefördert werden, das Unterhaltsgehalt für Geringqualifizierte sollte erhöht, die öffentlich geförderte Beschäftigung frühzeitiger in Einsatz gebracht und mit Qualifizierungselementen verknüpft werden. Zudem sollte die regelmäßige Absenkung der Arbeitslosenhilfe zurückgenommen werden. Diese Anforderungen von DGB und IG Metall an eine kleine SGB III-Reform zielen darauf, weitgehend kostenneutral Maßnahmen zu ergreifen, die die Re-Integrationschancen der betroffenen Erwerbslosen in den regulären Arbeitsmarkt erhöhen, gleichzeitig die Ordnung auf dem Arbeitmarkt verbessern und die sozialen Auswirkungen der durch die konservativ-liberale Bundesregierung durchgeführten Kürzungen abmildern.

4. Der Vorstand der IG-Metall wendet sich gegen die Instrumentalisierung in der Bevölkerung bestehender Vorurteile gegenüber Arbeitslosen zum Zwecke der weiteren Verschärfung der Sanktionen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes bzw. des Sozialhilferechtes. Die IG Metall lehnt alle Bestrebungen, die Repression im Rahmen des Arbeitsförderungsrechtes und des Sozialhilferechtes weiter zu verschärfen, entschieden ab. Repression belastet nicht nur die betroffenen Arbeitslosen, sie verschärft gleichzeitig den Druck auf dem Arbeitsmarkt insgesamt.

5. Die in der aktuellen Debatte regierungsseitig geäußerten Überlegungen, Sanktionen gegenüber Arbeitslosen zu



verschärfen, sofern diese Vorgaben von Eingliederungsplänen nicht eingehalten, verschweigen, dass bereits im heutigen Arbeitsförderungsrecht erhebliche Leistungskürzungen bzw. Streichungen verbindlich vorgesehen sind. Im Rahmen des Sozialhilferechtes ist die Nichtannahme einer Tätigkeit seitens eines Erwerbsfähigen ebenfalls mit erheblichen Sanktionen belegt.

6. Die IG Metall weist darauf hin, dass für die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bereits in den letzten Jahren erhebliche Leistungskürzungen im Gesetz verankert wurden. Ferner wurden die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und der Berufsschutz generell abgeschafft. So ist es gemäß § 121 SGB III Erwerbslosen grundsätzlich zumutbar, Arbeit, deren Entlohnung bis zu 20% unter der bisherigen Entlohnung gelegen hat, anzunehmen. Nach drei Monaten sind Arbeitslose verpflichtet, Arbeiten zu verrichten, für die sie mit 30 % unter ihrem bisherigen Einkommen entlohnt werden. Nach einem halben Jahr ist die Entlohnung in Höhe des Arbeitslosengeldes zumutbar. Im Rahmen des Sozialhilferechtes sind die Regelungen noch rigorosier, Arbeitslose unterliegen überhaupt keinem Zumutbarkeitsschutz.

7. Bereits die jetzt bestehenden Vorschriften zu Sperrzeiten im SGB III sowie zur Kürzung der Sozialhilfe im Rahmen des BSHG begegnen erheblichen Bedenken. Durch die jetzt möglichen Kürzungen der Sozialhilfe wird das gesellschaftlich definierte soziokulturelle Existenzminimum als Ausdruck der Menschenwürde und des Sozialstaatsprinzips unterschritten. Solche Kürzungen führen zu sozialer Spaltung und treiben Menschen, die ihre Existenz erhalten wollen, oftmals in die Illegalität. Eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen würde zudem die grundsätzlich garantierte Freiheit der Berufswahl noch weiter einschränken.

8. Die IG Metall nimmt die Verlautbarungen zur Sanktionsverschärfung aus dem BMA mit Befremden zur Kenntnis. Im „Bündnis für Arbeit“ wurde kurz davor vereinbart, sämtliche Änderungen des SGB III nur im Konsens mit allen Bündnispartnern zu ergreifen.

(24.04.2001)

Zwangsarbeiterentschädigung – 100 Millionen Euro wären angemessener

BASF-Hauptversammlung

Die diesjährige Aktionärsversammlung der BASF vom 26.4.2001 wird in der Presse als ruhig beschrieben. Tatsächlich gab es viele Stimmen von Belegschaftsmitgliedern und Kleinaktionären gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat als Protest gegen die Kürzung der Erfolgsprämie angesichts des enormen Personalabbaus, der damit verbundenen Intensivierung der Arbeit. Auch wenn diese Stimmen gegen die Kapitalmacht der Banken nicht ins Gewicht fielen, drücken sie doch die hohe Unzufriedenheit in der Belegschaft aus.

Rekorddividende auf dem Rücken der Belegschaft

Viele BASF-Beschäftigte waren auf der Hauptversammlung und drückten oft erstmalig mit ihren Stimmen gegen eine Nichtenlastung des Vorstands ihren Unmut gegenüber der Geschäftspolitik aus. Ein Beschäftigter informierte die Aktionäre über die gesunkene Erfolgsbeteiligung, die hundsmiserable Stimmung in der Belegschaft und die große Unzufriedenheit mit den Führungskräften. Immer wieder kam der massive Arbeitsplatzabbau zur Sprache, die fantasielose Geschäftspolitik, die Gewinnmaximierung durch Vernichtung von Arbeitsplätzen, also durch Personalkostenreduzierung betreibe. „Sie haben den Abbau von mehr als 30.000 Arbeitsplätzen im letzten Jahrzehnt zu verantworten; sie planen einen Abbau von weiteren 5000. Sie muten Ihren Mitarbeitern die Kürzung von Erfolgsbeteiligungen zu und streichen selbst beachtliche Steigerungen durch die hohe Dividende ein. Und dann wollen Sie, Herr Becks, Ihren Mitarbeitern diese Diskrepanz in enger betriebswirtschaftlicher Sichtweise mit einer gesunkenen Umsatzrendite am Standort Ludwigshafen verkaufen“ (Rochlitz).

Mehrmals bedankten sich Kleinaktionäre bei der Belegschaft für deren Einsatz und drückten ihr Verständnis aus, dass ohne die Beschäftigten diese Re-

korddividende nicht denkbar wäre – und trotzdem stecken sie sie natürlich gerne ein. Dem Vorstand war die Diskussion des Arbeitsklimas sichtlich unangenehm, und Strube wies die erlauchte Versammlung darauf hin, dass solche internen Probleme intern diskutiert gehören und nichts auf einer Aktionärsversammlung zu suchen haben.

Noch immer offen: die Zwangsarbeiterentschädigung

Immer wieder wurde von kritischen Aktionären die zu geringe Zwangsarbeiterentschädigung durch die BASF, die 100 Millionen DM bezahlen will oder bereits einbezahlte, moniert: „Die BASF bezahlte bekanntlich 100 Millionen DM in den Fonds ein. 100 Millionen Euro wären etwas angemessener. Aufgrund der jämmerlichen Zahlungsmoral einiger Industrievertreter legte die BASF nun noch 10 Millionen nach“ (Morweiser). Kritisiert wurde auch das skandalöse Verhalten der Industrie, durch allerlei juristische Tricks die Auszahlung der Gelder des Stiftungsfonds bis heute zu verhindern. Den Aufsichtsratsvorsitzenden Leibinger brachten diese angeblich unhaltbaren Vorwürfe in – gespielte(?) – Rage.

Tatsache ist, dass die deutsche Wirtschaft bis heute behauptet, sie hätte noch keine ausreichende Rechtssicherheit gegenüber weiteren Forderungen der Zwangsarbeiter und werde daher ihr bisher gesammeltes Geld nicht an die Stiftungsinitiative weiterleiten. Nach Meinung der Wirtschaft ist z.B. der Rechtsfrieden dadurch noch gefährdet, dass ein Gesetz in Kalifornien deutsche Versicherer zu „sehr weitreichenden und aufwendigen Berichtspflichten über Versicherungspolicen mit zeitlichem Bezug zur NS-Zeit“ verpflichtet. Gegen dieses Gesetz klagt derzeit die Gerling-Versicherung. Für die Wirtschaft ist Rechtssicherheit offenbar erst dann gegeben, wenn die Opfer ihrer Nazi-Verbrechen völlig rechtlos sind und selbst Fragen nach ihrer braunen Vergangenheit möglichst verboten sind.

Außerdem wollen die größten deutschen Banken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank, aus den Geldern der Stiftungsinitiative

auch die Vermögens- und Arisierungs-schäden beglichen haben. Sie betrügen damit die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit um ihr wenigstens Geld, das ihnen zusteht. Jetzt soll gewartet werden, bis auch die Arisierungs- und Vermögensklagen abgewiesen sind, ein Thema, das nichts mit der Zwangsarbeit zu tun hat. So findet die deutsche Wirtschaft immer wieder neue Argumente, die Auszahlungen verhindern, und immer mehr der Opfer sterben.

Die jüngste Entscheidung der US-Richterin Kram ist für die Wirtschaft und den gräflichen Verhandlungsführer skandalös und neuerlicher Anlass, Zeter und Mordio gegen Auszahlungen zu schreien. Lambsdorff behauptet, die Richterin begehe massiven Eingriff in die Unabhängigkeit des Bundestags, von dem sie eine neue Beschlussfassung fordere. Opferverbände werfen ihm Verbreitung von Halbwahrheiten vor. Die Richterin habe sämtliche Klagen gegen deutsche Banken „vollständig“ zurückgewiesen, jedoch den Überlebenden das Recht zugestanden, die Klagen wieder aufleben zu lassen. Dies sei keine Bedingung, sondern eine Selbstverständlichkeit, sagen Vertreter der Opfer. Bundestagspräsident Thierse hatte die Bundestagsfraktionen nach dem Urteil aufgefordert, aktiv zu werden und noch vor Beginn der Sommerpause ein Signal für den Beginn von Zahlungen zu setzen.

Nicht nur die kritischen Aktionäre haben den Eindruck, die Industrie verzögere mit allen Mitteln die Auszahlungen – wohl um u.a. mit dem bisher angehäuften Geld Zinsen einzukassieren, mutmaßen einige, auch Journalisten renommierter Zeitungen kommen zu solchen Auffassungen: „... Thierse hat offensichtlich die Nase voll davon, dass das Parlament von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft wie an einem Nasenring vorgeführt wird, weil der Zusammenschluss von Unternehmen immer wieder neue Bedingungen stellt ... Plötzlich machte es sich der Bundestagspräsident zu seiner Aufgabe, daran zu erinnern, worum es seit nunmehr drei Jahren bei diesem unwürdigen Gezerre eigentlich geht – um eine humanitäre Geste an die Opfer“. (FR 14.5.01) ede

PROTESTAKTION AM 26. MAI GEGEN DEN THÜRINGER VERFASSUNGSSCHUTZ

ERFURT. Wer nicht will, dass Rassismus, der Aufbau neofaschistischer Organisationen und „national befreiter Zonen“ durch den Freistaat Thüringen finanziert werden, ist aufgefordert am 26. Mai, 11 Uhr, vor der Staatskanzlei zu protestieren. Zur Protestaktion rufen auf: Angelo Lucifer, Landesvors. Gewerkschaft hbv in ver.di; Bodo Ramelow, Abgeordneter des Thür. Landtags, Stellv. Fraktionsvors. der PDS-Fraktion; Frank Spieth, DGB-Landesbezirksvors.; Julika Bürgin; PDS Erfurt; LV TV VdN/BdA und andere. www.rtisch.f2s.com

Aufruf: Der gleiche Innenminister, der am 3. März 2000 erklärte, dass vor allem her-

ausgefunden werden müsse, aus welchen Quellen sich die rechten Organisationen finanzieren, trägt die Verantwortung dafür, dass nach Thomas Dienel, wegen dessen Bezahlung der frühere VS-Chef Roewer den Hut nehmen musste, nun Tino Brandt, seit 1997 durch den Thüringer Verfassungsschutz finanziert wird. Brandt war bis 17. Mai 2001 stellv. Landesvorsitzender der NPD und Hauptakteur bei der Unterwerdung der NPD durch den Thüringer Heimatschutz und andere rechtsterroristische Personen und Strukturen. Wer will, dass sich neofaschistische und rassistische Gedanken,

Strukturen und „national befreite Zonen“ ausbreiten, muss Informationen über Vorfälle mit neofaschistischem Hintergrund von der Presse fernhalten, Links und Rechts gleichsetzen, AntifaschistInnen kriminalisieren, mit Polizeigewalt gegen antifaschistische Demonstrationen vorgehen und führende Neonazis als VS-Spitzel engagieren.

Genau das ist die Politik des Thüringer Innenministeriums. Deshalb muss Ministerpräsident Vogel Konsequenzen ziehen und den Innenminister Köckert abberufen. Der Thüringer Verfassungsschutz ist auf Grund seiner Praxis nicht



Warnstreiks bei Versicherungen

HAMBURG. Mit Warnstreiks und Protestversammlungen protestierten die Beschäftigten aus Versicherungen gegen das Minimalangebot des Arbeitgeberverbandes. Mit noch nicht einmal 2 % liegt das Angebot weit unter der Inflationsrate von inzwischen fast 3 %. Gleichzeitig legen die Versicherungen ihre glänzenden 2000er Ergebnisse vor mit Gewinnzuwachsen von z.T. über 50 %. Zu dem Milliarden geschenk aus der Steuerreform, der Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen, kommt noch die Riester-Rente hinzu, die weitere Milliarden vor allem in die Versicherungskassen spülen wird. Dieses Geld soll jedoch für den weiteren Konzentrations- und Expansionsprozess der Versicherungen eingesetzt werden, anstatt die 220.000 Beschäftigten in irgendeiner Weise zu beteiligen. Am 18. und 19.5. fanden deshalb Warnstreiks statt: In Hamburg legten insgesamt 3.000 Angestellte von der Volksfürsorge, dem Deutschen Ring, der Hamburg-Mannheimer, der Allianz und der Hermes Kreditversicherung die Arbeit nieder. In Karlsruhe gingen 500 Angestellte der Karlsruher Lebensversicherung, der Badischen Landesbank, der Vereinten Krankenversicherung und der Volksfürsorge auf die Straße. In Düsseldorf waren 1.400 Beschäftigte von Provinzial, Victoria, Axa Colonia, Ergo und Debeka im Warnstreik. Am Warnstreik in Stuttgart beteiligten sich 600 Beschäftigte der Allianz, der Württembergischen Versicherung, der R+V-Versicherung und der Volksfürsorge. In München nahmen 400 Beschäftigte der

Bayerischen Versicherungsbank, der Vereinten Krankenversicherung und der Allianz teil. In Mainz beteiligten sich 50 Bank- und Versicherungsbeschäftigte an einer Protestversammlung.

Bis zur dritten Tarifrunde am 28. Mai 2001 in München sind weitere Aktionen und Warnstreiks geplant. res

2,8 Prozent mehr Gehalt im privaten Bankgewerbe

FRANKFURT. Die rund 470.000 Angestellten der privaten Banken bekommen vom 1. Mai an 2,8 Prozent mehr Gehalt. Für April wurde eine pauschale Einmalzahlung von 280 DM vereinbart. Die Vergütungen für die Auszubildenden erhöhen sich vom 1. April an um jeweils 40 Mark. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 13 Monate, teilt die Arbeitgeber mit. Christiane Zerfaß von der Gewerkschaft ver.di zeigte sich zufrieden mit dem Abschluss. Auf Grund der glänzende Ertragslage im Bankgewerbe sei zwar ein höherer Tarifabschluss vorstellbar gewesen, jedoch sei das Ergebnis als Paket „akzeptabel“. Die Tarifkommission habe dem Kompromiss mit großer Mehrheit zugestimmt. Es sei mehr als 12 Stunden um einen Abschluss gerungen worden, sagte Zerfaß. Der Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber, Tessen von Heydebreck, sagte: „Mit dem Gehaltsabschluss sind wir zu Gunsten einer Paketlösung bis an die Grenzen des Vertretbaren gegangen.“ Auch zur erforderlichen Mehrarbeit im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung einigten sich die Tarifparteien. Eine Öffnung der Geschäftsstellen an den Sonn- und Feiertagen sei nicht beabsichtigt, jedoch seien Ausnahmen möglich. Neu in dem Tarifvertrag sei die Regelung von Langzeitkonten. Mit der Hilfe von Langzeitkonten können Beschäftigte Guthaben ansparen und diese später nutzen, beispielsweise um längere Auszeiten zu nehmen oder um früher in den Ruhestand zu gehen. Beide Seiten einigten sich darauf, dass die Beschäftigten pro Jahr bis zu 175 Stunden auf das Langzeitkonto einstellen können. Die Gewerkschaft ver.di hat eine Einkommenssteigerung von linear 5,5 Prozent gefordert. •

„Mehr Farbe im Postmarkt“. – *HB, Mittwoch, 9.5.2001.* – Unter diesem Etikett haben sich die privaten Zusteller gegen die von der Bundesregierung eingeleitete Verlängerung des Postmonopols für Briefe bis 200 g und Massendrucksachen bis 50 g Gewicht bis Ende 2007 zusammengeschlossen. Sie drohen jetzt mit einer Bundesverfassungsgericht-Klage. Minister Müller begründet seine Initiative, die er ohne Zustimmung des Bundesrates durchsetzen will, damit, dass der Briefmarkt nur im europäischen Gleichklang weiter geöffnet werden solle. Dies wird von Frankreich und anderen EU-Ländern verhindert.

Metallarbeitgeber planen Branchen-Fonds für Vorsorge. – Vorausgesetzt, dass die Rentenreform den Bundesrat passiere, kündigte Gesamtmetall-Präsident M. Kannegiesser an, einen Pensionsfonds zu schaffen für die 3,5 Mio. Branchenbeschäftigte. Im 2. Halbjahr soll ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der vorsieht, Teile des Entgelts in Altersvorsorge-Beiträge umzuwandeln.

Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) soll Ausgabenziele vorlegen. – *HB, Freitag/Samstag, 11./12.5.2001.* – KBV und Bundesärztekammer begrüßen die geplante Abschaffung des gesetzlichen Kollektivregresses durch Gesundheitsministerin U. Schmidt. Künftig soll die Selbstverwaltung der Krankenkassen und Ärzte die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung autonom sicherstellen. Die Bundesregierung will sich aus der Steuerung der Krankenkassenausgaben für Arzneimittel zurückziehen. Der Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller (BAH) lehnt Boni- und Regulierungen ab, da sie den Ärzten Anreize zu medizinisch bedenklicher Sparsamkeit bieten könne.

Geplante EU-Übernahmerichtlinie vor dem Aus. – Die Bundesregierung stieß mit ihren Vorstellungen für die geplante EU-Übernahmerichtlinie auf Widerstand aller EU-Partner. Überraschend hatte sie die gemeinsame EU-Position korrigiert. Auf Druck von BDI, Gewerkschaften sowie einiger Konzernchefs lehnt die Bundesregierung nun eine Stillhaltepflicht der Unternehmen ab, die einem feindlichen Übernahmeangebot ausgesetzt sind. Den Hauptversammlungen soll die Möglichkeit eingeräumt werden, grundsätzliche Schutzmaßnahmen zu beschließen, die die Vorstände bei einer feindlichen Übernahme ergreifen können. Bislang ist das Vermittlungsverfahren zwischen EU-Ministerrat und Europaparlament ergebnislos verlaufen. *Presseauswertung: rst*

Instrument zur Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern Teil des Problems! Die Tatsache, dass unter verschiedenen Innenministern und Leitern des Amtes für Verfassungsschutz führende Neonazis als VS-Spitzel engagiert wurden und bezahlt werden, GewerkschafterInnen und andere AntifaschistInnen bespitzelt wurden und werden, macht die Entlassung von Verfassungschef Sippel, der gänzlich in die Fußstapfen von Roewer getreten ist, erforderlich. Dies allein ist aber nicht ausreichend! Die wiederholten Skandale des Thüringer Verfassungsschutzes offenbaren nicht nur personel-

le, sondern auch strukturelle Probleme einer Behörde, die offensichtlich noch nicht einmal vom zuständigen Minister kontrolliert werden kann.

Statt eines Verfassungsschutzes, der die rechte Szene fördert und einem Innenminister, der das zu verantworten hat, braucht Thüringen: Die Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Aktivitäten durch ein Landesprogramm gegen Neofaschismus und Rassismus. Weg mit dem nazifördernden Verfassungsschutz! Hier mit einer Landespolitik, die Rassismus und Neofaschismus effektiv bekämpft!

Am 23. September finden in **Hamburg die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen** statt. Der Hamburger Landesverband der PDS geht tief gespalten in den Wahlkampf. Der nach Abwahl des alten, von der studentischen Liste Links beherrschten Arbeitsausschusses aus Neuwahlen hervorgegangene Landesarbeitsausschuss hatte eine Zusammenarbeit mit „Regenbogen – für eine neue Linke“ begonnen, auch im Hinblick auf die Wahlen. (Regenbogen, nach dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien aus einer Spaltung der Hamburger GAL entstanden, ist zur Zeit mit fünf Abgeordneten in der Bürgerschaft und in einigen Bezirksversammlungen vertreten.) Der durch ein bisher nicht rechtskräftiges Landgerichtsurteil zurück ins Amt gebrachte Liste-Links-Arbeitsausschuss führt sich indes so auf, als sei Regenbogen nach der rechtspopulistischen Schill-Partei der Hauptfeind, der bedingungslos bekämpft werden müsse. Er ignorierte ein Begehr von über 60 PDS-Mitgliedern, eine Landesversammlung mit dem Thema Abwahl und Neuwahl u.a. des Arbeitsausschusses einzuberufen, und berief stattdessen eine Landesversammlung für den 26./27. Mai ein, auf der er den Beschluss zur PDS-Kandidatur durchziehen will, ohne auch nur einen Gedanken an landespolitische Vorstellungen und Forderungen zu verwenden. Eine satzungsgemäße Durchführung dieser Versammlung ist übrigens nicht nur wegen der Missachtung des Mitgliederbegehrns nicht mehr möglich; der Antrag auf Abwahl/Neuwahl wurde den Mitgliedern gar nicht, andere wichtige Anträge nicht in der vorgeschriebenen Frist zugänglich gemacht.

In der äußerst schwierigen Situation der Spaltung der PDS hat Regenbogen neben anderen Organisationen (DKP, SAV) und Vertretern und Vertreterinnen von Initiativen auch der PDS angeboten, mit einer Vertreterin auf Platz 7 und mit weiteren Kandidaten und Kandidatinnen auf hinteren Plätzen zu kandidieren. Platz 7 könnte unter Umständen bei etwas über 5% für den Einzug in die Bürgerschaft reichen, sicher bei 5,5%. Auf der KandidatInnenliste sind schlussendlich als PDS-Mitglieder Christiane Schneider (7), Horst Bethge (22), Theresa Jakob (23) und das DKP-Mitglied Peter Schenzer (12) mit jeweils recht guten Wahlergebnissen vertreten. Die Kandidaten für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen sind noch nicht gewählt, hier werden sich ebenfalls PDS- und DKP-Mitglieder bewerben. Die DKP, die bei den letzten Bürgerschaftswahlen die PDS unterstützt hatte, hat auf einer Bezirksmitgliederversammlung mit überwältigender Mehrheit die Unterstützung der Regenbogen-Kandidatur geschlossen. Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten werben mit ei-

ner im Folgenden dokumentierten Erklärung ebenfalls dafür. (scc)

Erklärung

Warum wir, Mitglieder, SympathisantInnen und FreundInnen der PDS, die Kandidatur von Regenbogen bei der Bürgerschaftswahl bzw. den Wahlen zu den Bezirksversammlungen 2001 unterstützen.

1. Wir halten für nötig, dass

- angesichts der Verschärfung der sozialen Polarisierung
- angesichts einer Politik auch in Hamburg, die die Solidarität untergräbt und die Ausgrenzung vorantreibt,
- angesichts einer Politik, die in vielen Bereichen – Kinder und Jugend, Bildung und Gesundheit – der Privatisierung Vorschub leistet
- angesichts der Tatsache, dass die herrschende Politik auch in Hamburg auf gesellschaftliche Konflikte mit Gewalt reagiert
- angesichts vor allem auch faschistischer, rechtsextremer und rechtspopulistischer Mobilisierungen

emancipatorische Bestrebungen in allen

Bereichen der Gesellschaft gestärkt werden und eine linke Gegenkraft auch in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen deutlich macht, dass unsoziale, rassistische und repressive Politik keinem „Sachzwang“ unterliegt, sondern dass Alternativen immer und in jeder Frage möglich sind.

2. Eine linke Opposition in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen ist möglich. Sie ist nur dann erreichbar, wenn die vielfältigen Strömungen der Linken in Hamburg auch in Wahlfragen Formen der Kooperation finden, so wie sie in verschiedenen Bewegungen, insbesondere in der antifaschistischen Gegenwehr, im Kampf gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und gegen Sozialabbau, bei allen Unterschieden und Differenzen ihre Kräfte bündeln. Dafür setzen wir uns ein.

3. Die PDS Hamburg ist unserer Auffassung nach aufgrund ihrer tiefen Zerstrittenheit und der dadurch bedingten landes- und kommunalpolitischen Schwäche gegenwärtig zu einer eigenen Kandidatur zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen, die dem Anspruch auf Entwicklung der Zusammenarbeit der Linken, der Stärkung der Gegenwehr und der Entwicklung sozialistischer Oppositionspolitik wirklich gerecht wird, nicht in der Lage.

4. Das Standpunkte-Papier von „Regenbogen – für eine neue Linke“ enthält, ebenso wie die Öffnung der Listen für Kandidatinnen und Kandidaten aus sozialen und politischen Bewegungen und aus anderen Organisationen der Linken wie der PDS und der DKP, ein Angebot zur Zusammenarbeit.

Wir unterstützen ausdrücklich die

Grundaussage des Standpunkte-Papiers: „Jeder und jede hat einen unveräußerlichen Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz, auf uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auf Mitgestaltungsmöglichkeiten – unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Gesundheit, Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Das Menschenrecht auf ein würdiges und gutes Leben umfasst dabei sowohl demokratische und politische Freiheitsrechte als auch ökonomische und soziale Grund- und Menschenrechte.“

Wir gehen als Sozialistinnen und Sozialisten davon aus, dass Armut, Ausgrenzung, Degradation, Diskriminierung ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen haben, und wir vertreten in den tagtäglichen Auseinandersetzungen für ein „würdiges und gutes Leben“ die Aufhebung des jetzigen Zustands, unser Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

Ungeachtet aller Unterschiede halten wir die Bedingungen für eine solidarische und selbstbewusste Kooperation mit und die Unterstützung der Kandidatur von Regenbogen für gegeben. Wir rufen die Mitglieder und SympathisantInnen der PDS dazu auf, das Angebot zur Zusammenarbeit anzunehmen, und unterstützen in diesem Sinne die Kandidatur von PDS-Mitgliedern auf Listen von Regenbogen.

5. Wir fordern die Liste Links und die Kommunistische Plattform Hamburg dazu auf, von ihrem Vorhaben abzulassen, die PDS in eine unbegründete und spalterische Kandidatur zu treiben.

6. Wir appellieren an alle, die eine alternative Politik für diese Stadt wollen, Regenbogen und die Kandidatur von PDS-Mitgliedern auf den Listen von Regenbogen zu unterstützen.

Diese Erklärung wird bisher (Stand 21.5) von 38 Personen unterstützt.

Es gibt jetzt noch einen **dritten Programmewurf** von dem ehemaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Rolf Köhne u.a. Ob das jetzt die Debatte erleichtert, ist doch zweifelhaft. Dem PDS-Vorstand sollen sogar vier Entwürfe vorliegen.

Die Kommunistische Plattform hat eine Erklärung zur **Programmdiskussion** herausgegeben und fordert, dass auf dem Dredener Parteitag keine Richtungentscheidung in der Programmdiskussion gefasst wird.

Eigentlich müsste die PDS jetzt eine Debatte über das **Wahlprogramm** entwickeln und in Ruhe über die Schwerpunkte im Wahlkampf diskutieren und bis zu den Wahlen noch einige inhaltliche Initiativen entwickeln.

Zusammenstellung: jöd

Kritik bleibt im Ansatz stecken

Die Aufregung, die auf den Programm-entwurf von Brie/Klein/Brie innerhalb der PDS folgte, weist zunächst vor allem auf eines: Grunddefizite sozialistisch-kommunistischer Theoriebildung. Obwohl Marx in der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für eine Assoziation eintrat, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist“ (Kommunistisches Manifest), setzten sich in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung auf lange Jahrzehnte andere Vorstellungen durch. Vorstellungen nämlich, dass der Staat das Vernunftgesetz verkörpere und gegenüber den Einzelnen durchzusetzen habe, anstatt dass freie und gleiche Einzelne ihre Angelegenheiten in freier Übereinkunft regeln. Die Auseinandersetzung mit und Weiterentwicklung der von Locke, Kant und Rousseau begründeten Vertragstheorie fand nicht statt; Ansätze gingen im politischen und ideologischen Kampf gegen den Anarchismus und die anarchistische Staatskritik verloren. So gab und gibt es eine bürgerlich-liberale Theorie der Freiheit, aber keine sozialistische. Das führt bei Kritikerinnen und Kritikern zu dem Missverständnis, dass der Ausgangspunkt des Programm-entwurfs von Brie/Klein/Brie, die Würde des Menschen als seine Freiheit und seine Gleichheit, in den Liberalismus führe. Wir halten jedoch die Auseinandersetzung mit der in der sozialistischen Tradition vorherrschenden Staatsauffassung und die Entwicklung einer sozialistischen Vertragstheorie nach dem Zusammenbruch des realen, d.h. Staatssozialismus für unausweichlich. Der Alternativentwurf von Wolf, Lieberam, Menzner, Balzer lässt leider jedes Problembe-wusstsein vermissen.

Auch in dem Brie/Klein/Brie-Entwurf gibt es dieshinsichtlich eine Reihe ungelöster Probleme und eklatanter Schwächen, aber er fordert zur Diskussion heraus und verbaut ihr nicht den Weg. Wir wollen uns in diesem Diskussionsbeitrag mit dem Punkt „2. Frieden und Gewaltfreiheit“ im Abschnitt „III. Sozialistische Politik – Kampf um Gerechtigkeit“ auseinandersetzen. Auch hier geht der Entwurf von der Würde des Menschen aus. Damit deutet er Möglichkeiten an, einige Widersprüche zu überwinden, die die Positionsbildung in politischen Auseinandersetzungen stark behindern.

In der sozialistischen Theorie und Praxis ungeklärt scheint uns in Bezug auf die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen z.B. das Verhältnis zwischen dem Prinzip der Nichteinmischung (die Souveränität der Staaten im internationalen Recht basiert auf der auf die internationalen Beziehungen übertragenen Vertragstheorie; sie wurde entwickelt ge-

gen das Recht des Stärkeren und zur Zügelung der Konkurrenz) und der Anerkennung und Verteidigung der Menschenrechte.

In Bezug auf die inneren Verhältnisse, das kritische Verhältnis emanzipatorischer Bestrebungen zum Staat, kann leicht jeder bei sich selbst eine Entzweigung zwischen politischen Überzeugungen und persönlichen Motiven feststellen, die auf Dauer unhaltbar ist: Man kritisiert die Staatsgewalt – und ruft sie an, etwa gegen faschistische und rassistische Gewalt oder ganz einfach, wenn man selbst Objekt einer Straftat geworden ist oder zu werden droht.

Allerdings bleibt der Ansatz des Programm-entwurfs gleich im ersten Satz des zur Rede stehenden Abschnittes stecken und schneidet damit die Entfaltung der Kritik ab. Es heißt dort im Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Der Schutz des Lebens ist das elementarste Gut, auf das alle Menschen Anspruch haben.“ Der Schutz als „Gut“ verweist auf den Staat und legitimiert unversehens Staatsgewalt, statt zu entwickeln, dass Staatsgewalt so weit als möglich zurückgeschnitten werden muss, um der „Gewaltfreiheit nach innen und außen Geltung zu verschaffen“, wie es im Weiteren heißt.

Frieden und die „Gewaltfreiheit nach außen“

Nicht nur im Abschnitt „Frieden und Gewaltfreiheit“, aber hier besonders deutlich, führt der Mangel an Kritik der realen Verhältnissen, konkret z.B. an der realen deutschen Staatsmacht und ihren Verbündeten, zu eklatanten Schwächen des Programm-entwurfs. Er wird in hohem Maße unpraktisch und offen für Auslegungen oder auch Unterstellungen. Davor lebt ein Teil der derzeitigen Kritik,



Kriege verhindern durch Verweigerung

ohne dass damit neue sachliche Erkenntnisse oder Fortschritte in der Programmdiskussion zutage kämen oder zu erwarten wären.

Die aber auch vorliegenden durchaus konkreten Positionen, Entwürfe, Anträge zur praktischen Politik aus der Parteidiskussion, der Bundestags- und Europaparlamentsfraktion, zur Osterweiterung der EU, gegen die deutschen Osteuropaambitionen, zur Nato, WEU etc. spielen in der Programmdiskussion bisher kaum eine Rolle, weil sie scheinbar zusammenhangslos neben dem Programm-entwurf stehen.

Der Abschnitt „Frieden und Gewaltfreiheit“ ist in weiten Zügen deklamatorisch und voller guter Absichten: „Die PDS versteht sich als konsequente Antikriegspartei. Diese Position, die unseren Widerstand gegen den Krieg der NATO gegen Jugoslawien begründet hat, wird uns auch künftig leiten. Frieden oder Barbare! ...“ – Was steht diesen unseren guten Absichten als erstes entgegen? Der nächste Abschnitt beginnt dazu: „Wir wissen, dass einer solchen Politik die Interessen mächtiger transnationaler Unternehmen an Einfluss und Ressourcen, die Interessen von Rüstungsunternehmen und starker politischer Machtgruppen entgegenstehen.“

Wie auch an anderen Stellen des Entwurfs mag man sich fragen: „... warum in die Ferne schweifen, wenn das Schlechte liegt so nah?“

„Der Staat“ soll das Gewaltmonopol nach innen und außen haben und ob er (der Staat) die volle Souveränität über seine Untertanen und gegen seine staatlichen Konkurrenten hat, das zeigt sich letztlich im „Ernstfall“, also bei der Entscheidung über den Krieg nach innen und außen, so die äußerst reaktionären, aber im Kern ja nach wie vor nicht ernstlich erschütternden Staatstheoreme eines Carl Schmitt.

Jeder Versuch, dem Grundsatz der „Gewaltfreiheit nach innen und nach außen“, der Solidarität, der Freundschaft und Verständigung usw. Geltung zu verschaffen, stößt also auf die Tatsache der territorialen, historisch und hauptsächlich durch Krieg, Expansion, wechselnde Vorherrschaft entstandene Aufteilung auf Staatsgebiete. Nicht der einzelne Mensch oder freie Zusammenschlüsse von Menschen agieren weltweit und unmittelbar für Frieden, Solidarität, Freundschaft, Verständigung und sonst was, sondern jeder und jede sind mehr oder weniger „Ressourcen“ der Staatsmacht, der Staatsmaschinerie, des herrschenden Personals dieser nationalen Staatsmacht, der sie unterworfen sind.

Daraus folgt aber weiter – wie Sozialisten und Kommunisten nie müde ge-

worden sind richtig festzustellen – dass die staatliche Politik im Inneren, in der repressiven Organisation ihrer sachlichen und menschlichen „Ressourcen“ auch eine Folge der Reichweite ihrer außenpolitischen Ziele ist, und umgekehrt, dass die sachlichen und menschlichen Ressourcen die Bedingungen für die Reichweite außenpolitischer Ambitionen und Zielsetzungen sind.

Diesen Zusammenhang reflektiert der Programmentwurf leider so gut wie gar nicht. Er leidet in dieser Hinsicht auch an starker „Ostsichtigkeit“. Der Abschnitt über „die gegenwärtige Welt“ beginnt mit der Krise und dem Zerfall der staatssozialistischen Gesellschaften und der Übernahme der DDR durch die BRD. Die tatsächliche Kontinuität des deutschen Imperialismus, dem Verursacher zweier Weltkriege, und die Tatsache, dass mit dem Anschluss der DDR aus der ehemaligen BRD „Die Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz, „die Zentralmacht Europas, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne“, Berlin 1994) geworden ist, entfällt im Programmentwurf. Auch die sog. „Orientierungsdiskussion“ über die neue deutsche Außenpolitik im Beraterpersonal von Regierungen und Parteien – immerhin ausgelöst durch den Anschluss der DDR – scheint spurlos vorübergegangen.

Deutschland in der neuen „Mittellage“ als Hegemonialmacht oder „zumindest potentiell wieder halb-hegemoniale Zentralmacht“ (H.-P. Schwarz) auf dem Kurs wachsender weltweiter Interventionsbereitschaft (Bundeswehrumbau und Interventionsarmee) im speziellen Bündnis mit der Welthegemonialmacht USA – an solchen Realitäten sollte sich eine sozialistische Antikriegs- und Friedenspolitik programmatisch schon bewähren. Denn das sind die praktischen Bedingungen für eine Politik, die hier, heute und jetzt dem Grundsatz der Gewaltfreiheit nach innen und außen Geltung verschaffen soll.

Und das heißt, dass das Ziel „Die Menschen haben ein Recht auf Frieden, die Politik hat eine Pflicht, Kriege unmöglich zu machen“, hauptsächlich durch Verweigerung – Kriegsdienstverweigerung, politische, ideologische, moralische Verweigerung – kurz Defätmus bis hin zur Wahrnehmung des Widerstandsrechtes gegen staatliche deutsche Kriegs- und Gewaltpolitik erkämpft werden muss. Für weniger ist der Anspruch nicht zu haben, den der Programmentwurf mit Recht stellt: „Mit dem Krieg gegen Jugoslawien ist der ur-

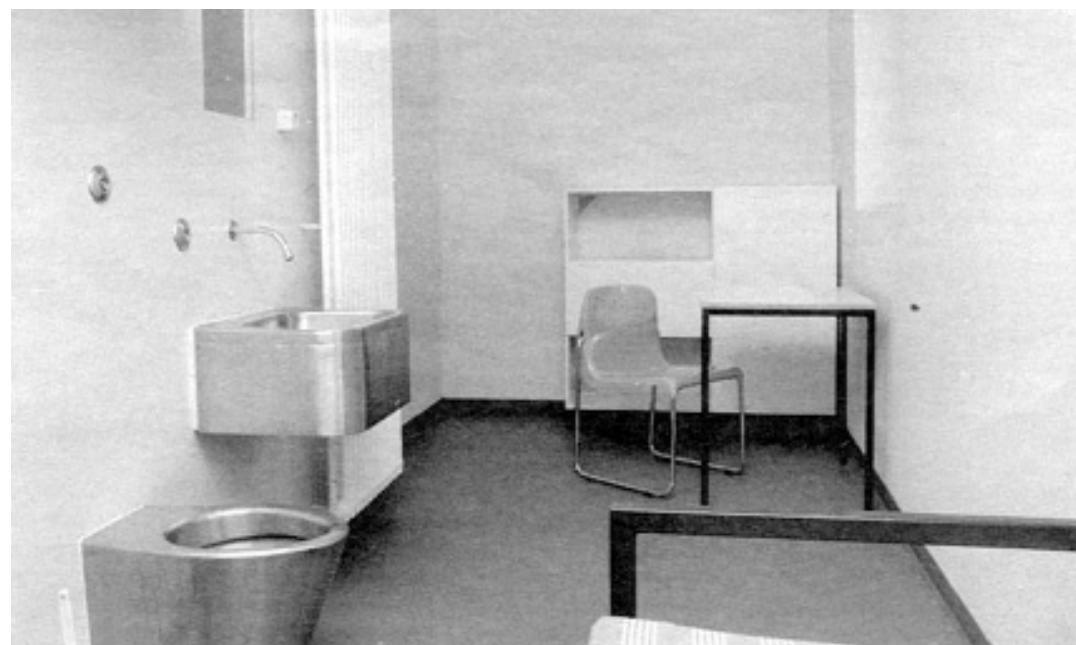
sprüngliche Konsens, von deutschem Boden dürfen nie wieder Krieg ausgehen, zerstört worden. Die PDS war die einzige Bundespartei, die den ursprünglichen Konsens zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer verteidigt hat. Davon werden wir niemals abrücken!“

Nur wenn der Kriegspolitik im Inneren die sachlichen und personellen Kriegsmittel entzogen werden, wird auch der außenpolitische kriegerische Handlungsspielraum begrenzt. Insofern bestand ja das Hauptdesaster der deutschen Kriegspolitik im Kosovo nicht einmal so sehr z.B. in der staatstragenden Politik der Grünen, sondern der staatsmittragenden Balkanordnungs- und damit Kriegspolitik großer Teile der Bevölkerung.

Mit Recht tritt der Programmentwurf gegen die Selbstmandatierung von USA und NATO zu weltweiten Kriegseinsätzen und gegen die Schwächung der UNO auf. Um dem weltweiten Hegemonialanspruch der USA und des NATO-Kriegsbündnisses Grenzen zu setzen und ihm die Legitimation zu bestreiten, im Namen „der Völker“ zu sprechen, zu handeln und Kriege zu führen, spielt die Respektierung von UNO- und Sicherheitsratsentscheidungen durch die NATO-Mächte im Kriegs- und Krisenfall eine wichtige Rolle. Aus den dazu entwickelten Positionen des Programmentwurfs zu schließen, der Programmentwurf trete für Blauhelmeinsätze der Bundeswehr ein, ist erst mal eine pure Unterstellung und steht nirgends. Aber es steht auch nirgends, wie sich die Abgrenzung und Verteidigung von UNO-Entscheidungen gegen weltweite USA- und NATO-Kriege zum Thema Blauhelmeinsätze der Bundeswehr verhält. Um dieses Thema ist es seit dem PDS-Parteitag von Münster merklich ruhig geworden. Leider, denn das Thema „Bundeswehreinsätze im Rahmen der Uno“ liegt auf dem Tisch der PDS-Pro-

grammdiskussion. Also sollte ein Programmentwurf dazu Stellung beziehen. Das ist nicht so einfach prinzipiell und deklamatorisch zu klären, wohl aber konkret: egal was die UNO mit mehr oder weniger schlechten oder auch guten Gründen und Ansprüchen an friedensstiftenden Maßnahmen beschließt: eine sozialistische Politik wird sich immer mit guten Gründen dagegen stellen, ausgezählt den deutschen Bock zum Gärtner internationaler Konfliktregelung zu machen.

Der Programmentwurf stellt fest: „Die PDS definiert ihre sozialistische Politik als Menschenrechtspolitik.“ Unaufgelöst bleibt, wie sich dieser Anspruch der Ver einnahme für deutsche und internationale Interventionspolitik entziehen wird. Der Entwurf versucht eine Abgrenzung etwa über die Formulierung: „Imperiale Menschenrechtspolitik ist Politik gegen die Menschenrechte.“ Aber auch das bleibt deklamatorisch. Zu begründen wäre doch vielmehr, warum die abhängigen Staaten und Gesellschaften der sog. Dritten Welt und auch Osteuropas ihre inneren Konflikte zunächst und vor allem selbst regeln müssen und imperialistische Einflussnahme und Intervention diese Konflikte und Widersprüche verschärft, bzw. in den meisten Fällen deren Ursache ist. Was daraus aber unmittelbar folgt als Teil „sozialistischer Menschenrechtspolitik“ ist die Notwendigkeit des Asylrechts, und Aufnahme von und das Bleibrecht für die Flüchtlinge der Kriege und Konflikte anderer Länder und Gesellschaften. Und: auch wenn der Weltmarkt sicherlich kein „Freiheitsgut“ im Sinne des Programmentwurfs ist: der Forderung nach freiem Zugang zu allen Weltmärkten und zu den „Arbeitsmärkten“ der entwickelten Länder, das ist auf jeden Fall auch eine Forderung sozialistischer Antikriegs- und Friedenspolitik.



Isolationshaft

„Gewaltfreiheit nach innen“

Seit Hobbes gilt in der europäischen Staatstheorie und für alle modernen Staatskonstruktionen als Voraussetzung der Befriedung der Gesellschaft die Institutionalisierung der Gewalt im Staat, wobei dem Staat zu diesem Zweck die Möglichkeit der physischen Gewaltsumkehr eingeräumt wird. Bei Hobbes schließen die Mitglieder der Gesellschaft nur deshalb Frieden miteinander, nicht weil sie friedfertig sind – im Gegenteil –, sondern weil sie alle gleichermaßen gezwungen sind bzw. gezwungen werden können, sich dem Gewaltanspruch des Staates zu unterwerfen. Die Lockesche Vertragstheorie betont mehr die Einsicht und ist stark geprägt von Streben nach Harmonie. Dieses zugleich ein- wie ausschließende Streben findet sich auch im Programmentwurf in den Passagen wieder, die sich mit öffentlicher Sicherheit befassen. Hier heißt es: „Sicherheit gegenüber Kriminalität ist ein legitimes Grundbedürfnis und hohes Gut. Der Schutz gegen kriminelle Gewalt ist ein Grundrecht, das der Staat für jede und jeden zu gewährleisten hat.“

Festzuhalten ist, es gibt Kriminalität und kriminelle Gewalt, und es gibt eine Angst vor Kriminalität, die mit der tatsächlichen Bedrohung durch Kriminalität sehr wenig zu tun hat, die indes weit verbreitet ist, gerade auch im Osten der BRD und dort auch unter Mitgliedern und im Wählerfeld der PDS. Andererseits verletzen, was immer ihre Ursachen sind, Gewalt und andere Delikte in der Regel (hier ist nicht die Rede von der Kriminalisierung von Handlungen, mit denen die Handelnden wenn überhaupt höchstens sich selbst schaden) die Würde (Freiheit, Gleichheit) der davon Betroffenen und degradieren sie zu Objekten.

Die Feststellungen des Entwurfs zu dieser Frage der „Gewaltfreiheit nach innen“ versuchen beidem Rechnung zu tragen, führen jedoch in eine Sackgasse. Zwar enthält der Entwurf das Bekenntnis: „Er (der Schutz gegen kriminelle Gewalt) ist jedoch keine Begründung für den repressiven Staat und die Einschränkung der Bürgerrechte. Schutz vor Kriminalität muss mit einer langfristigen Politik verbunden werden, die die sozialen und politischen Ursachen von Kriminalität beseitigt.“ Damit ist aber noch nichts gelöst.

Entgegen dem Entwurf ist Schutz vor Kriminalität – gemeint ist durch den Staat – kein Grundrecht und kann es nicht sein. Denn ein Grundrecht ist definiert als Abwehrrecht gegen den Staat. Definiert man das Grundrecht um zum Anspruch auf Sicherheit durch den Staat, stellt man Weichen: Es ist dann fast unmöglich, so sehr man sich auch gegen den repressiven Staat aussprechen mag, dem herrschenden Innere-Sicherheits-Diskurs gegenzusteuern, die staatliche Aufrüstung und das staatliche Eindrin-

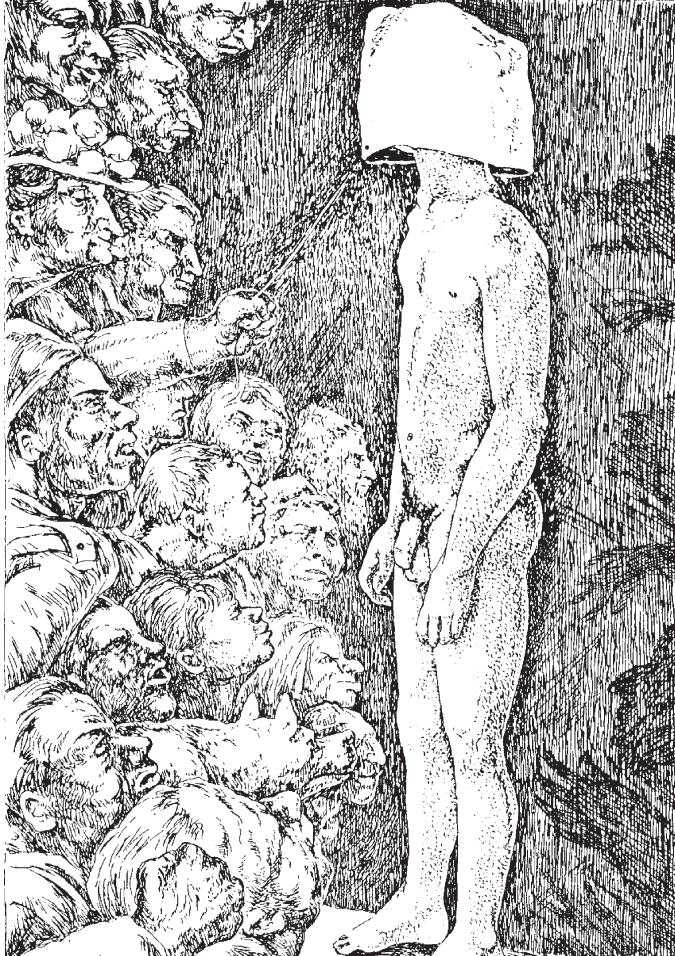
gungen in immer neue Bereiche des privaten Lebens tatsächlich zu legitimieren.

Eine sozialistische Vertragstheorie muss anerkennen, dass wir in einer äußerst konfliktreichen Gesellschaft leben und dass normenverletzendes Verhalten bis hin zu schwerer, nicht hinnehmender Gewaltkriminalität auch und vor allem Ausdruck solcher Konflikte ist. Es gibt ein Geflecht von Bedingungszusammenhängen, die Kriminalität hervorbringen: die Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften und Nord und Süd, West und Ost; politische und soziale Konfliktlagen, unzählige Lebensrisiken, die durch

das kapitalistische Wirtschaften bedingt sind; Ausgrenzung und Diskriminierung; die Zusammenballung von Macht und die Tatsache, dass Macht auf dem einen Pol immer Ohnmacht auf dem anderen Pol bedeutet ...

Erklärt man den Schutz vor Kriminalität zum Grundrecht, das der Staat gegen „Kriminelle“ – gegen wen denn sonst – zu sichern habe, dann gibt man unter der Hand den Anspruch preis, dass sich die Gesellschaft, dass sich autonome, selbstbestimmte, reflexive Subjekte den Konflikten stellen. Die Bereitschaft, Konflikte anzuerkennen, gewaltfrei zu regulieren und zu bewältigen und die dazu notwendigen und förderlichen zivilgesellschaftlichen Institutionen zu schaffen, ist von der Emanzipation nicht zu trennen. Das schafft Kriminalität nicht aus der Welt, ist aber der einzige Weg aus der Entmündigung der Gesellschaft, die der staatliche Schutz-, Verfolgungs- und Strafanpruch bedeutet. Der einzige Weg auch dazu, sich mit Menschen, die Gewalt ausüben und die Rechte anderer beeinträchtigen, auseinander zu setzen, ohne dabei umgekehrt ihre Würde zu verletzen. Und dazu, irrationale Kriminalitätsangst zu überwinden.

Natürlich wird es mit dem staatlichen Gewaltmonopol eben auch staatliche Gewalt – Polizei, Gerichte, Gefängnisse usw. – geben und vielleicht auf lange Sicht geben müssen, sofern gewaltfreie Regulie-



Der Angeklagte

zung von Konflikten eben nicht immer möglich ist. Doch ist die Kritik der Art und Weise, wie das staatliche Gewaltmonopol organisiert ist, und des Ausmaßes, in dem der Staat Gewalt ausübt, unverzichtbar. Kritik bedeutet „Ent-Unterwerfung“ (Foucault), und es bleibt rätselhaft, warum der Entwurf – nicht in seinem Ansatz, aber in seinen Wendungen ins Konkrete – so wenig kritisch ist.

Polizei, Gefängnissystem und Strafrecht, mit dem wir in dieser bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert sind, garantieren nicht nur die Kontinuität der Kriminalität. Sie tragen zur Brutalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen in erheblichem Ausmaß bei. Wer die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellen und die Gewalt eindämmen will, darf nicht übersehen, dass die Würde des Menschen gerade durch staatliche Gewalt und staatliche Institutionen verletzt wird. Durch Polizei, Strafsystem, Gefängniswesen, Geheimdienste, Ausländerbehörde ... und übrigens auch durch die ganzen repressiven, bürokratischen, entmündigenden Elemente des Sozialstaates.

Resümee: Das Problem der Ausarbeitungen des Entwurfs zu „Gewaltfreiheit nach innen“ liegt darin, dass sie Menschenwürde und Emanzipation nicht in angemessener Weise in den Mittelpunkt stellen.

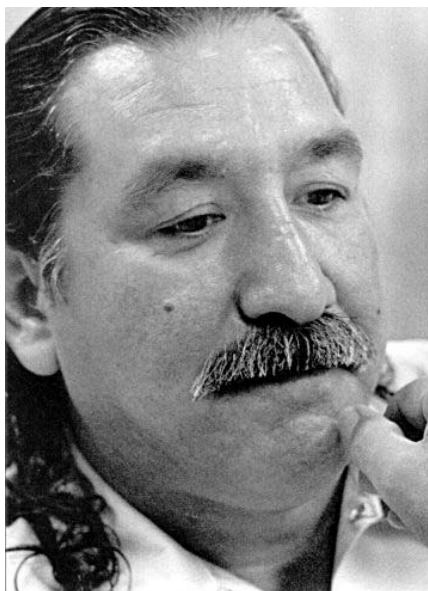
chc, scc

Wir wissen nicht, wer diese Agenten getötet hat

Der Fall Leonard Peltier oder die Konstruktion des „Polizistenmörders“ in den USA

Birgit Gärtner

Seit Ende des 19. Jahrhunderts werden immer neue Anläufe gemacht, die indianischen Kulturen zu vernichten und die Indianer zu „weißen Amerikanern mit roter Hautfarbe“ zu machen. Bis in die 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts bedeutete das die Verbannung in die Reservate. Dann wurde die Praxis des Wegsperrens durch das Relocation and Termination (Umsiedlungs- und Beendigungs-)Konzept ersetzt. „Die Armut sollte bekämpft,



die verschiedenen indianischen Kulturen assimiliert und die Bevölkerungszahl der Reservationsindianer tendenziell verringert werden. Im Zentrum der Beendigungspolitik stand, die Anzahl indianischer Menschen zumindest nicht zunehmen zu lassen. Ein besonders brutales Element war dabei die Sterilisierung indianischer Frauen“, beschreibt Martin Ludwig Hofmann in dem Buch Indian War (Altantik Verlag Bremen) die politische Linie, die vom Direktor der US-Kriegsumsiedlungsbehörde, Dillon Myer, entwickelt wurde. Allein im Jahr 1975 wurden mehrere tausend Indianerinnen zwangssterilisiert, im Rahmen medizinischer Kontrolluntersuchungen oder nach der Geburt ihrer Kinder. Ohne Wissen der Frauen, geschweige denn dass deren Einverständnis dafür eingeholt worden wäre.

Die Perspektivlosigkeit der indigenen Bevölkerung und die repressive Politik der US-Regierung führte zu massivem Widerstand, der sich in Alkoholsucht, Hass und Gewalt äußerte, aber zunehmend in politischen Protest umgewan-

delt werden konnte. Mit der Besetzung der Gefängnisinsel Alcatraz '69 und anderen spektakulären Aktionen machte das '68 gegründete American Indian Movement (AIM) von sich reden. Diese Aktivitäten wiederum brachten das FBI (Federal Bureau of Investigation) auf den Plan, die Bundespolizeibehörde der USA, zuständig für schwerwiegende, die innere Sicherheit betreffende Delikte. Einer der Gründe, weshalb es der US-Regierung angebracht schien, den Staatsschutz zu mobilisieren, ist vermutlich die Tatsache, dass in einer Reservation in Süd-Dakota Uranablagerungen entdeckt wurden. Justament in diesem Landstrich wehrten sich die Einheimischen konsequent gegen die Aneignung des Bodens durch den Staat. Die Indianer wussten nicht einmal, dass auf ihrem Grund und Boden das 'Gold des Atomzeitalters' lokalisiert worden war, sondern sie stritten um ihr rechtmäßiges Eigentum, das ihnen von der amerikanischen Regierung etwa 100 Jahre vorher vertraglich zugesichert worden war. Im Rahmen dieses Streits kam es am 26. Juni '75 zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Bundespolizei und den Indianern, bei der zwei FBI-Beamte und ein Reservatsbewohner ums Leben kamen. Der Spurensicherung zufolge waren die beiden Polizisten erschossen worden, nachdem sie sich ergeben hatten. Die US-Regierung betrachtete den Vorfall als offene Kriegserklärung.

Schon bald wurden vier Männer zur Fahndung ausgeschrieben, denen der Mord zur Last gelegt wurde. Bei dreien von ihnen wurden die Waffen der ermordeten Polizisten und Gewehre des Typs, mit denen diese erschossen worden waren, gefunden. Gegen sie wurde Anklage erhoben. Bei gleicher Beweislage wurden zwei freigesprochen, einer verurteilt. Vor Gericht wurde behauptet, aus dessen Pistole seien die tödlichen Schüsse abgefeuert worden, obwohl die ballistischen Untersuchungen ganz klar ergeben hatten, dass das nicht stimmte. Die Ergebnisse wurden allerdings zurück behalten. Statt dessen wurde eine Augenzeugin präsentiert, die aussagte, sie habe beobachtet, wie der Betreffende die beiden erschossen habe. Diese Zeugin wiederrief später ihre Aussage und gab an, vom FBI unter Druck gesetzt und erpresst worden zu sein. Trotzdem wurde der Angeklagte im April 1977 zu zweifacher lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Für einen Mord, den er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nie begangen hat. Sein Name: Leonard Peltier.

Indian War von Martin Ludwig Hofmann erzählt die Geschichte Leonard Peltiers, der die Hälfte seines Lebens in amerikanischen Hochsicherheitsgefängnissen verbrachte. Dessen juristisches Verfahren

abgeschlossen wurde, obwohl am Ende mehr offene Fragen blieben, als am Anfang gestellt wurden. Und dem als einziger Hoffnungsschimmer nur ein Gnaden gesuch bleibt, das er regelmäßig stellt und das von Präsident Bill Clinton als eine seiner letzten Amtshandlungen Anfang 2001 gerade wieder abgelehnt wurde.

Indian War erzählt zudem die Geschichte des indianischen Widerstandes. Hofmann erinnert zum Beispiel an die berühmte Schlacht am 25. Juni 1876 am Little Big Horn unter der Führung der legendären Crazy Horse und Sitting Bull. Der Autor vermittelt einfühlsam einen Einblick in den Überlebenskampf der nordamerikanischen indigenen Bevölkerung, ohne sie zu strahlenden Helden zu stilisieren. Dass dieser Kampf für viele in einem Sumpf aus Alkohol und Gewalt endet, verschweigt der Autor ebenso wenig wie die Wiederbelebung okkulten Traditionen, beispielsweise den Sonnentanz, „eine der bedeutendsten Zeremonien innerhalb der Lakota-Kultur, ein martialisches Ritual, in dessen Zentrum sich das bewusste Ertragen körperlicher Leidens befindet“.

Indian War erzählt außerdem die Geschichte eines Staates, der sich die Zerschlagung der Linken, der schwarzen Bürgerrechts- und der Indianerbewegung auf die Fahnen geschrieben hat und konsequent verfolgt. Und der für seine kulturelle (R)einheitspolitik buchstäblich über Leichen geht.

Leonard Peltier ist ein Beispiel dafür. Der schwarze Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal ein weiteres. Es gibt viele Parallelen zwischen den beiden Fällen. Auch im Falle Mumia Abu-Jamal wurde das ihn entlastende Ergebnis der ballistischen Untersuchungen im Gerichtsverfahren nicht zur Kenntnis genommen und eine Zeugin zu einer Aussage erpresst. In beiden Fällen sagten die zuständigen Staatsanwälte bzw. Richter, die die beiden Männer für den Rest ihres Lebens hinter Gitter brachten, Jahre später in aller Öffentlichkeit, möge der Teufel wissen, wer wirklich geschossen habe.

Der Fall Peltier ist abgeschlossen, Mumia kämpft noch um die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Ebenfalls im Atlantik Verlag erschien die überarbeitete



Fassung des Buches ... aus der Todeszelle von Mumia Abu-Jamal. Im Anhang des Textes, den Mumia im Knast schrieb und der sich nicht von der Veröffentlichung von '95 unterscheidet, findet sich eine Einschätzung zur aktuellen Situation des Verfahrens von Mumias Anwalt Len Weinglas (aus dem Jahre 2000) und ein Interview, das Herausgeber Jürgen Heiser im April 2000 mit Mumia führen konnte.

Indian War, Martin Ludwig Hofmann, Bremen 2000, 181 Seiten, 24,80 DM.

... aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal, Bremen 2000, 3. Auflage, 267 Seiten, 24.-DM.

Buch zum Jugoslawienkrieg

Lügen haben kurze Beine

von Franz—Karl Hitze

„Haben Sie die Öffentlichkeit falsch informiert oder Tatsachen verfälscht?“ Diese Frage stellte am 16. Februar 2001 ein CDU/CSU-Abgeordneter den Minister Schäping und Fischer, die vorsorglich nicht im Bundestag erschienen waren. Später wurde diese Frage immer wieder gestellt. Jetzt hat Ralph Hartmann der Autor von „Die ehrlichem Makler“ mit seinem zweiten Jugoslawien—Buch „Die glorreichen Sieger“ Antworten auf diese Frage gegeben. Das Buch belegt nochmals die Völkerrechtswidrigkeit der Nato—Aggression gegen Jugoslawien, mit der die Nato die Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes weggebombt hat, nur weil sich Milosevic dem Diktat nicht fügen wollte. In diesem Zusammenhang ist interessant daran zu erinnern, was der Generaldirektor des Instituts für Strategische Studien in Belgrad mitteilte, dass ihm Gesprächspartner in Washington schon Wochen vor dem Krieg sagten: Ihr könnt machen was ihr wollt, Ihr werdet bombardiert. Der Autor setzt sich mit den großbürgerlichen Medien und jenen Kräften der Gesellschaft auseinander, die immer wieder, bis in die jüngste Zeit versuchen, diesen Angriffskrieg der Nato mit Lügen und Falschinformationen zu rechtfertigen. Da ist von der Racak-Lüge die Rede, von der Völkermord-Lüge, der Föten-Grill-Lüge, der Vergewaltigungslüge und dem Hufeisenplan, der KZ-Stadion- und der Auschwitz-Lüge etc. etc. ...

Hartmann behandelt das Dilemma der Nato, der es nicht gelang, nach dem 78-tägigen Bombardement der jugoslawischen Infrastruktur, der Industrie, der Armee, von Kraftwerken, Chemieanlagen und zivilen Krankenhäusern Milosevic zu stürzen. Statt einer Kapitulation gab es eine UNO—Resolution, ergo eine politische Lösung.

Der Probelauf der „neuen Nato-Stra-

tegie“ war misslungen. Hans Modrow, der das Vorwort zu „Die glorreichen Sieger“ schrieb, bezeichnet es als Verdienst des Buches, dass es den „Versuch, die Wahrheit über den Krieg zu verschleiern und das Vorhaben gegen die Menschenrechte doch noch in einen Sieg der Demokratie umzumünzen ... letztlich ad absurdum“ führt.

Ralph Hartmann: „Die glorreichen Sieger“! Dietz Berlin 2001, 256 Seiten, br., DM 24,80

nicht nur noch vorhanden war, sondern bewusst benutzt wurde.

Grotesk war der Schmusekurs mit den Nazis zwischen dem August 1939 und dem Juni 1941, also der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes. Das führte dazu, dass die Juden in der Sowjetunion nicht gewarnt waren, als die Nazis angriffen.

Nachrichten über den Massenmord der SS-Einsatzgruppen wurden nicht veröffentlicht, das Erscheinen eines „Schwarzbuchs“ wurde verhindert.

Eine halbe Million jüdische Soldaten kämpfte in der Roten Armee – das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Zahl der Soldaten war nirgendwo so hoch.

In dieser Situation entstand das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK), es war gewollt von der KPdSU. Die Mitglieder dieses Komitees mobilisierten innerhalb der Sowjetunion und im Ausland für den Kampf gegen Nazideutschland und seine Armee.

Es wurden 45 Millionen Dollar gesammelt für Panzer und Flugzeuge. Vielleicht noch wichtiger war die politische Untermauerung der Anti-Hitler-Koalition. Um es deutlich zu sagen, es wurden die internationalen Verbindungen der Juden ausgenutzt – alles unter klarer Lenkung und Kontrolle durch die KPdSU.

1943 reiste eine Delegation u.a. in die USA, ihr gehörten an der Präsident des JAFK, Micho'els, und Fefer, ein Agent der Geheimpolizei. Diese Reise war erfolgreich.

Warum wurde der Geheimagent erwähnt? Er wurde später zum Kronzeugen!

Bald nach Ende des Krieges änderte sich die Situation, das JAFK hatte ausgedient.

Micho'els wurde ermordet, zahlreiche Mitglieder des JAFK wurden verhaftet, gefoltert und verhört. Allein dieses Kapitel ist eine beispielhafte Schilderung einer stalinistischen Aktion, deren gleichen in den 30er Jahren schon eine Unmenge von Menschen zum Opfer gefallen waren. Nun waren die Mitglieder des JAFK Verräte und Spione.

Leopold Trepper, Führer der Spionage- und Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“, war selber von dieser Art Terror betroffen – er schrieb:

„Die Revolution ist entartet, und wir haben sie bei ihrem Niedergang begleitet... Wir wollten den Menschen ändern, und wir sind gescheitert. Dieses Jahrhundert hat zwei Ungeheuer geboren, den Faschismus und den Stalinismus, und in dieser Apokalypse ist unser Ideal zugrunde gegangen. Die absolute Idee, die unserem Leben Sinn verlieh, hat ein Gesicht angenommen, dessen Züge wir nicht wiedererkennen konnten. Unsere Niederlage verbietet es uns, Lehren zu erteilen, aber weil die Weltgeschichte so viel

Phantasie hat, dass sie sich niemals wiederholt, ist es erlaubt, Hoffnung zu hegen.“

(huf aus an/az, Freiburg, Waldkirch)

9. Juni, Leipzig: Reformalternative als Gesellschaftsalternative. Theoretische Konferenz von: Marxistisches Forum Sachsen, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Marxistischer Arbeitskreis bei der Geschichtskommission der PDS. Schwerpunkte Konferenz: 1. Veränderung in der Gangart des Kapitalismus und Chancen linker Politik bzw. Reformstrategie ; 2. Das Verhältnis von Widerstandsstrategie und Reformstrategie und von Systemopposition und Regierungsbeteiligung ; 3. Die Eigentumsfrage als Grundfrage antikapitalistischer Reformen – Reformen als Suchpfad zu einem neuen Sozialismus . Die Thesen der Referenten finden sich ab 9. Mai im Internet unter: www.marx-engels-stiftung.de und www.pds-sachsen.de/ag/MF Anmeldungen an: Siegfried Kretzschmar, Marxistisches Forum Sachsen, c/o PDS Leipzig, Braustr. 15, 04107 Leipzig

13./14. Juni, Frankfurt: Evangelischer Kirchentag

14.-16. Juni, Göteborg: EU Gipfel in Schweden

23./24. Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-Fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt.

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

25.-27. Juni, Barcelona: Protest gegen das Treffen der Weltbank in Barcelona. <http://www.pangea.org/mrg/>, <http://barcelona.indymedia.org>

16.-27. Juli, Bonn: Weltklimakonferenz

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Mehr dazu: Mehr: <http://www.attac-netzwerk.de> – <http://www.genoa-g8.org/>, <http://italia.indymedia.org>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf. Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M., Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: Jürgen Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung erwünscht (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIFF-Jahrestagung „2001 – Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informations-technik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: FIFF-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, Tel.: 0421/2010174, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, Tel.: 04755/911154, Fax: 04755/911026 E-Mail: fiff@fiff.de. Internet: <http://www.fiff.de>

Wir machen mit!

+++ Die Lufthansa will den Ticketverkauf über Internet und Handy massiv ausbauen. Im Jahr 2005 solle jedes vierte Flugticket online gekauft werden. Die Zahl von 250.000 Buchungen über die Internetseite im vergangenen Jahr solle 2001 verdoppelt werden. [dpa, So 04 Mär. 2001 14:20 MEZ]
+++

Deutschland schiebt jährlich 40.000 Menschen ab, davon 30.000 im Luftverkehr als menschliches Stückgut. Der Mensch wird zum Schübling – und der wird bei Bedarf gefesselt, geknebelt oder betäubt. Und die Lufthansa AG verkauft den Löwenanteil dieser als deportee-tickets gekennzeichneten Flugscheine. Zweimal bereits bedeutete diese Deportation-Class den Tod: Kola Balunke (1994) und Aamir Ageeb (1999) überlebten ihre Deportation nicht. Beide starben durch die Hand von BGS-Beamten, beide saßen in einem Flugzeug der Lufthansa.

Wir protestieren gegen das Deportation-Business. Wenn Konzerne wie die Deutsche Lufthansa AG ins Internet gehen, dann soll unsere Empörung über das gleichermaßen einträchtige wie auch tödliche Geschäft nicht nur auf der Straße stehen. Denn auch der Datenhighway eignet sich zur Sitzblockade. Anreisen muss dazu niemand. Das massenhafte und zeitgleiche Einloggen ins Internet ist notwendig, damit der Zugang zur Homepage der Lufthansa AG durch Zigarettenende Internetnutzer/innen als Zeichen des Protestes versperrt wird. Ähnlich wie bei einer Sitzblockade rufen deshalb die Initiativen kein Mensch ist illegal und Libertad! für den 20. Juni 2001 parallel zur Aktionärsversammlung der Lufthansa in Köln zu einer ONLINE-DEMONSTRATION gegen Abschiebung und Deportation auf.

Wir machen mit! Wir unterstützen die Online-Demonstration und rufen zur Teilnahme auf:

Unterschriften anwebmaster@libertad.de

